

Geschäftsbericht 2013

**Bericht über das Geschäftsjahr 2013
der
Kreissparkasse Nordhausen**

Für das Vertrauen und die Verbundenheit unserer Kundinnen und Kunden bedanken wir uns herzlich. Unser Dank gilt weiterhin unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr persönliches Engagement sowie den Mitgliedern des Verwaltungsrates, des Personalrates und unserer Frauenbeauftragten für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Nordhausen, im März 2014

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand

Asche

Seeber

INHALT

Die Sparkasse und ihre Filialen	4
Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	33
Jahresabschluss	35
Anhang	39
Verwaltungsrat und Vorstand	53
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	54

Kontaktdaten

Telefon: 03631 / 428 0
Telefax: 03631 / 428 428
Internet: www.kskndh.de
Mail: info@kskndh.de

Sparkassenfilialen

Nordhausen, Stadt

Grimmelallee	Grimmelallee 10, 99734 Nordhausen
Hauptstelle	Kornmarkt 9, 99734 Nordhausen
Nord	Dr.-Robert-Koch-Straße 1, 99734 Nordhausen
Salza	Bochumer Straße 161, 99734 Nordhausen
SV Sparkassenversicherung	Töpferstraße 41, 99734 Nordhausen

Filialen im Landkreis

Bleicherode	Kirchstraße 3, 99752 Bleicherode
Ellrich	Am Markt 7, 99755 Ellrich
Heringen	Schulstraße 7, 99765 Heringen
Ilfeld	Ilgerstraße 16, 99768 Ilfeld
Neustadt	Burgstraße 4, 99762 Neustadt
Niedersachswerfen	R.-Breitscheid-Straße 1, 99762 Niedersachswerfen
Sollstedt	Am Markt 4, 99759 Sollstedt
Wipperdorf	Straße der Einheit 132, 99752 Wipperdorf

Selbstbedienungsstellen

Atrium-Passage	Bahnhofstraße 18, 99734 Nordhausen
Herkules-Markt	An der B4, 99762 Niedersachswerfen
Kleinfurra	Sandstraße, 99735 Kleinfurra
Nordhausen-Ost	Conrad-Fromann-Straße 50, 99734 Nordhausen
S-Shop im Marktkauf	Darrweg 67, 99734 Nordhausen
Südharz-Krankenhaus	Dr.-Robert-Koch-Straße 39, 99734 Nordhausen

Stand: 12/2013



Lagebericht

**zum 31. Dezember 2013
der Kreissparkasse Nordhausen**

Lagebericht

A Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage

1 Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2013 stand erneut die Finanz- und Staatsschuldenkrise im Mittelpunkt. Auch wenn es zu keiner erneuten Zuspitzung der Schuldenkrise in der Eurozone kam, hinterließen die geldpolitischen Maßnahmen der globalen Notenbanken sowie die Regulierung des Finanzsektors ihre Spuren. Angetrieben von der expansiven Geldpolitik in den Industrieländern hat die Weltwirtschaft im Laufe des vergangenen Jahres wieder an Fahrt aufgenommen. Dabei haben sich die Beiträge von den weiterhin mit überdurchschnittlichen Raten - jedoch mit verminderter Geschwindigkeit - wachsenden Schwellenländern hin zu den Industrieländern verlagert. Seit Sommer 2013 gab es sogar in einer ganzen Reihe von Schwellenländern Turbulenzen um Kapitalabflüsse und Wechselkurse. Teilweise waren dafür hausgemachte Probleme verantwortlich, teils wurden sie von den ersten Vorankündigungen einer nicht mehr ganz so expansiv gestalteten US-Geldpolitik ausgelöst.

Im Euro-Raum scheint die Rezession überwunden. Zwar sank das Bruttoinlandsprodukt um 0,4 %, allerdings stammt der Rückgang aus einem statistischen Unterhang des Jahres 2012 und aus dem letzten von insgesamt sechs Rezessionsquartalen Anfang 2013. Seit dem zweiten Quartal 2013 gab es bereits eine Erholung, die jedoch die Gesamtjahresziffer nicht in den positiven Bereich bringen konnte. Insbesondere der Außenhandel konnte im Euroraum einen Wachstumsbeitrag leisten, da die Exporte schneller gewachsen sind als die Importe. Die südeuropäischen Länder haben zumindest graduell wieder an Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Gemeinschaft, aber auch auf den Weltmärkten, gewonnen. Der Rückgang der Zinsaufschläge von Staatsanleihen der von der Krise besonders betroffenen Länder ist ein Zeichen dafür, dass ein Stück Vertrauen zurückgekehrt ist. Allerdings wirken die Belastungen aus der Schulden- und Anpassungskrise in verschiedenen Ländern fort. Der hohe Verschuldungsgrad der Unternehmen und privaten Haushalte sowie die hohe Arbeitslosigkeit in einigen Euroländern belasten die dortige Binnennachfrage enorm.

In Deutschland sah das zeitliche Profil des Wachstums ähnlich aus wie im Euroraum, jedoch auf insgesamt höherem Niveau. Nach einer aus dem Jahreswechsel 2012/2013 bestehenden Zwischenschwäche setzte - noch deutlich dynamischer als im Euroraum - das Wachstum im zweiten Quartal wieder ein. Die deutsche Wirtschaftsleistung ist gemessen am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 % gestiegen. Während nach der Finanz- und Wirtschaftskrise noch die außenwirtschaftlichen Impulse den Ausschlag für den Aufschwung gaben, wurde er im vergangenen Jahr allein von der Binnenwirtschaft getragen. Anders als die Ausfuhren des Euroraums insgesamt haben die Exporte mit 0,6 % nur leicht zugelegt. Die Importsteigerung von 1,3 % wurde dagegen mengenmäßig vom Aufschwung der deutschen Binnennachfrage angeregt, so dass der Außenbeitrag zum realen Bruttoinlandsprodukt leicht sank.

Die Binnennachfrage wurde gestützt durch den privaten und staatlichen Konsum, die preisbereinigt um 0,9 % bzw. 1,1 % zulegte. Trotz der im Jahresverlauf anziehenden Investitionstätigkeit der Unternehmen schrumpften die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt um 0,8 %. Viele Firmen schienen angesichts eingetrübter Absatzperspektiven im Euroraum und der Verunsicherung, die im Zusammenhang mit der sich zeitweise zuspitzenden Schuldenkrise standen, die weitere Entwicklung abzuwarten und die Beschaffung von Investitionsgütern zurückzustellen. Ebenso bestand vor dem Hintergrund der nachlassenden Kapazitätsauslastung kein unmittelbarer Bedarf für Erweiterungsinvestitionen. Während die früher in die Erholungsphase eintretenden Bauinvestitionen um 0,3 % zum Vorjahr zurückgingen, sanken die Ausrüstungsinvestitionen um 2,2 %. Die insgesamt robuste Verfassung der deutschen Volks-

wirtschaft schlägt sich unter anderem in einer vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquote, einem anhaltenden Beschäftigungswachstum und in spürbaren Verdienstzuwächsen nieder. In Verbindung mit dem niedrigen Zinsniveau treiben diese Faktoren vor allem den Wohnungsbau an, der in 2013 die höchsten Wachstumsbeiträge aufwies, während die Bautätigkeit in den Unternehmen und der öffentliche Bau verhalten ausfielen.

Die Verbraucherpreise stiegen in Deutschland im Jahresdurchschnitt um 1,5 %, die Inflation für den Euroraum lag im Gesamtjahr leicht darunter.

Die Sparneigung der privaten Haushalte erreichte im Jahr 2013 einen Anteil von 10 % des verfügbaren Einkommens und setzte damit den Abwärtstrend der vergangenen Jahre fort. Hierfür dürften die hohe Konsumneigung und die anziehende Nachfrage nach Wohnimmobilien, die sich auf zuversichtliche Einkommenserwartungen und reduzierte Erwerbsrisiken stützen, verantwortlich sein.

2013 waren im Jahresdurchschnitt 41,8 Mio. Menschen erwerbstätig, was einen neuen Höchstwert darstellte. Das lag auch an einem höheren Zuwanderungssaldo, der das Arbeitskräfte- und das Produktionspotenzial erhöhte. Die Arbeitslosenquote ist gleichzeitig gestiegen – aber angesichts der Konjunkturschwäche vom Jahresanfang ist der Zuwachs um nur 0,1 %-Punkte auf eine Quote von 6,9 % als moderat zu bezeichnen.

Auch Dank der guten Beschäftigungslage erreichten die Staatseinnahmen ebenfalls ein Rekordniveau. Bei gleichzeitig niedrigen Zinsausgaben war der gesamtstaatliche Haushalt fast ausgeglichen. Durch das gestiegene Bruttoinlandsprodukt und durch den Abbau von einigen Verbindlichkeiten und Garantien aus der Bankenrettung der Krisenjahre sank der Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt deutlich; nach vorläufigen Schätzungen auf nunmehr 79,6 %.

Zwar lag in Thüringen 2013 die durchschnittliche Arbeitslosenquote mit 8,2 % über dem Bundeswert, jedoch ist sie deutlich niedriger als in den anderen ostdeutschen Bundesländern. Zudem sank die Arbeitslosenrate entgegen dem bundesweiten Trend um 0,3 %-Punkte. Bei der günstigen Entwicklung der Erwerbslosigkeit spielen neben der inzwischen erreichten Kapazitätsauslastung auch demografische Faktoren eine Rolle.

Die Exportquoten der Industrieunternehmen sind in Thüringen in den vergangenen zehn Jahren kräftig gestiegen. Dabei erreichte Thüringen 2013 eine Exportquote als Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz von 32 %. 72 % der Ausfuhren gingen dabei in das europäische Ausland; wichtige Abnehmerländer sind insbesondere die östlichen Nachbarländer wie Ungarn, Polen und Tschechien. Asien - insbesondere China - war die zweitgrößte Zielregion mit 15 %. Nach einer Schwächephase der Thüringer Wirtschaft mit einem Bruttoinlandsproduktrückgang im Jahr 2012 von 0,6 % wuchs das Bruttoinlandsprodukt mit 0,5 % im Vergleich zur gesamtdeutschen Entwicklung 2013 schneller.

Im Landkreis Nordhausen stieg die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt entgegen dem Thüringentrend leicht von 10,3 % auf 10,4 %. Der Einwohnerrückgang im Landkreis Nordhausen setzte sich auch 2013 fort. Die Zahl der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger betrug nach Fortschreibung der Mikrozensusergebnisse 2011 per Ende Juni 2013 85.583 Einwohner.

1.2 Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten

Die geringe Wachstumsdynamik schürte in einigen Teilen der Welt Deflationsängste. Während Japan versuchte, mit einer sehr expansiven Geldpolitik aus der Deflationsfalle herauszukommen, hatten die Europäer die Befürchtung in sie hineinzugeraten.

Nachdem die US-Notenbank im Mai noch den Ausstieg aus dem Wertpapierkaufprogramm für den Herbst angedeutet hatte, verschob sie ihn im September. Zwischenzeitlich war es bei US-Staatsanleihen, die Ende April noch ein historisches Renditetief markiert hatten, zu erheblichen Anstiegen gekommen.

Da die Inflationsrate in Europa weit unter dem Inflationsziel von 2 % lag, senkte die Europäische Zentralbank im Mai 2013 den Leitzins um 0,25 % auf 0,50 % und im November eher überraschend um einen weiteren Schritt auf 0,25 %. Der Satz für die Einlagefazilität ist bereits seit Mitte Juli 2012 bei Null. Beruhigend auf die Märkte wirkte ein angekündigtes Staatsanleihe-Aufkaufprogramm (OMT), was trotz vieler Unsicherheiten eine Marktpanik verhinderte. Im Sommer 2013 hatte die EZB mit ihrem neu eingeführten Konzept einer „Forward Guidance“ verdeutlicht, dass sie die Niedrigzinspolitik bis auf Weiteres beibehalten will, sofern keine neuen Umstände insbesondere bei den Inflationserwartungen eintreten.

Nach einem Rückgang der 10-jährigen Bundesrenditen auf den historischen Tiefstand von ca. 1,2 % Ende des zweiten Quartals 2013 stiegen die Renditen im weiteren Verlauf wieder an und lagen zum Jahresende bei ca. 2 %. Die Dreimonatssätze verharrten ganzjährig in einer Spanne zwischen 0,2 % und 0,3 %.

An den international bedeutenden Aktienmärkten kam es 2013 aufgrund der hohen Marktliquidität wiederholt zu kräftigen Kursgewinnen. Unter den Anlageklassikern schnitten Aktien gemessen an der kumulierten Jahresperformance eindeutig am besten ab. Am deutschen und europäischen Aktienmarkt stimmten die Rahmenbedingungen: das Wachstum entwickelte sich stabil, die Unternehmensgewinne stiegen und die EZB bestätigte mit ihrer Zinspolitik die niedrigen Zinsen für einen längeren Zeitraum. Das Niedrigzinsumfeld wirkte dabei unterstützend, da viele Anleger zu renditestärkeren Anlageklassen, wie Aktien, tendierten. So verbuchten die im Dow Jones Euro Stoxx gelisteten Unternehmen Kursgewinne von durchschnittlich 18 %. Auf Jahresfrist legte der Deutsche Aktienindex erneut wieder stärker zu und stieg um 25 % auf 9.552 Punkte.

1.3 Berichterstattung über die Branchensituation

Die Banken und Sparkassen in Deutschland verzeichneten im Jahr 2013 ein positives Einlagengeschäft, wenngleich sich dessen Dynamik zum Jahresende hin insgesamt spürbar abschwächte. Diese Zuwächse sind vor allem auf Zuflüsse bei den kurzfristigen Einlagen, insbesondere von den privaten Haushalten, zurückzuführen.

Während im Euroraum insgesamt Kredite bei Banken abgebaut wurden, legte das Kreditgeschäft in Deutschland zu. Bedingt durch weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen war das Kreditwachstum vor allem von Ausweitungen des Wohnungsbaukreditbestandes an private Haushalte getrieben. Aber auch die nach wie vor günstigen Rahmenbedingungen für den privaten Konsum – in Form von verbesserten Einkommens- und Konjunkturaussichten – und die damit einhergehende gestiegene Anschaffungsneigung trugen dazu bei, dass Ausleihungen zu Konsumzwecken zunahm. Seit Jahresmitte 2013 zog auch die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen an. Allerdings erfolgten diese Investitionen vor allem aus internen Mitteln. Im Kreditgeschäft schlug sich das veränderte regulatorische und aufsichtsrechtliche Umfeld in Form von leicht verschärften Kreditstandards für Unternehmen sowie etwas engeren Margen im Konsumentenkreditgeschäft nieder.

Im deutschen Bankensystem steht die Zinsspanne angesichts der niedrigen Zinsen unter Druck. Die Ursachen liegen vor allem in einem intensiven Wettbewerb, auch aufgrund von Überkapazitäten im

deutschen Bankgewerbe. Die reichhaltige Liquiditätsversorgung der Europäischen Zentralbank unterstützt vor allem Geschäftsmodelle von Banken, die nicht auf stabilen privaten Refinanzierungsquellen beruhen und behindert den notwendigen Strukturwandel im europäischen Bankensystem.

Im Zuge der neuen regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Aktivitäten verringerten die Banken im zweiten Halbjahr 2013 ihre risikogewichteten Aktiva und stärkten ihre Eigenkapitalposition mittels der Thesaurierung von Gewinnen und der Ausgabe von Kapitalinstrumenten. Insgesamt konnte damit die Risikotragfähigkeit verbessert werden.

Die Stabilitätslage und die daraus resultierende Ertragsschwäche des deutschen Bankensystems wurden maßgeblich durch das vorherrschende Niedrigzinsumfeld bestimmt. In den ersten neun Monaten des Jahres 2013 lagen die Erträge der großen deutschen Banken insgesamt unter dem Vorjahresniveau. Dabei wurde die Ertragslage durch eine im längerfristigen Vergleich niedrige Risikovorsorge und einen Anstieg des volatilen Handelsergebnisses gestützt.

Die Umsetzung von Basel III bzw. des umfangreichen Gesetzeswerkes, bestehend aus einer Verordnung (Capital Requirements Regulation: CRR) sowie einer Richtlinie (Capital Requirements Directive IV: CRD IV), die daraus folgenden Anpassungen des Kreditwesengesetzes sowie die zugehörigen Verordnungen wie beispielsweise die Solvabilitätsverordnung und die Großkredit- und Millionenkreditverordnung banden zahlreiche Kapazitäten.

Die Umstellung von Überweisungen und Lastschriften auf die europaweit einheitlichen SEPA-Standards (Single Euro Payments Area) mit dem Ziel des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraumes und die damit verbundene Information von Verbrauchern, Unternehmen und Vereinen banden in der deutschen Kreditwirtschaft hohe Ressourcen. Mitte Januar 2014 schlug die Europäische Kommission vor, eine zusätzliche Übergangsfrist zur SEPA-Umstellung von sechs Monaten bis zum 1. August 2014 einzuführen.

Ein sehr lebhaftes Kreditgeschäft verzeichneten die deutschen Sparkassen im Geschäftsjahr 2013. Der Kreditbestand insgesamt stieg um 1,8 %. In der privaten Immobilienfinanzierung konnten sie weiter Marktanteile gewinnen und die Kreditvergabe um 5,2 % auf das beste Ergebnis der letzten Jahre steigern. Der Wohnungsbaukreditbestand wuchs um 3,5 %. Beim Neugeschäft mit Unternehmenskrediten verzeichneten die Sparkassen das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten. Hier stieg der Bestand um 1,5 %, der Großteil davon entfällt auf mittel- und langfristige Investitionen.

2013 haben die Kunden Einlagen in Höhe von rund 817 Mrd. Euro bei Sparkassen unterhalten, 2,2 % mehr als im Vorjahr. Der Trend ging weiterhin klar zu kurzfristigen Einlagen. So verzeichneten die Einlagen auf Tagesgeldkonten den mit Abstand größten Zuwachs, während Spareinlagen stagnierten und Termingelder sowie Eigenemissionen der Sparkassen teilweise deutlich zurückgingen. Die Wertpapierumsätze der Kunden bei Sparkassen erhöhten sich um über 11,4 %, der Nettoabsatz war negativ.

Angesichts der Niedrigzinsphase ist der Zinsüberschuss bei den Sparkassen gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Größere Einbrüche bei den Zinsüberschüssen konnten durch gute Managementleistungen verhindert und teilweise durch mehr Provisionseinnahmen ausgeglichen werden. Auf einen historisch niedrigen Wert sank die Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Als Ergebnis nach Steuern verblieb ein leicht höherer Gewinn als im Jahr 2012. Die Kernkapitalquote stieg von 12,5 % von 13,4 %.

1.4 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Kreissparkasse Nordhausen ist eine dem gemeinen Nutzen dienende, mündelsichere Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Nordhausen und wurde im Jahr 1841 gegründet. Träger der Sparkasse ist der Landkreis Nordhausen; auf diesen erstreckt sich das Geschäftsgebiet. Grundlage für die Geschäftstätigkeit ist - neben den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen wie dem Kreditwesengesetz (KWG), dem Thüringer Sparkassengesetz (ThürSpkG) und der Thüringer Sparkassenverordnung (ThürSpkVO) - die Satzung der Kreissparkasse Nordhausen.

Der Landkreis Nordhausen haftete bis zum 18. Juli 2005 für die Erfüllung der zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Kreissparkasse Nordhausen; für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für alle nach dem 18. Juli 2005 entstandenen Verbindlichkeiten haftet die Kreissparkasse Nordhausen mit ihrem gesamten Vermögen.

Weiterhin ist die Sparkasse als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieses System ist als institutssichernde Einrichtung i. S. v. § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt. Es setzt sich aus den regionalen Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken sowie dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen zusammen. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist in einem Haftungsverbund zusammengeschlossen, so dass im Krisenfall das Gesamtvolumen aller Fonds für institutssichernde Maßnahmen zur Verfügung steht. Der Haftungsverbund schützt die angeschlossenen Institute und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz.

Zur Stärkung des Verbundes der Landesbank Hessen-Thüringen und der Sparkassen in der Sparkassenfinanzgruppe Hessen-Thüringen wurde das Verbundkonzept entwickelt und in Kraft gesetzt. Dies stellt in der Summe seiner Einzelbestandteile ein umfassendes Gesamtkonzept im Sinne eines Geschäftsmodells dar, das ausgehend von den Grundprinzipien des Sparkassenwesens auf die Stärkung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Unternehmen der Sparkassenfinanzgruppe Hessen-Thüringen, zunächst vorrangig der Sparkassen und der Landesbank, ausgerichtet ist. Das Verbundkonzept soll zur Stärkung der Ertragskraft, der Begrenzung von Risiko und Haftung sowie zur Wahrnehmung der Gruppe als wirtschaftliche Einheit beitragen. Durch den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung gilt es insbesondere, die auf die Risikofrüherkennung und -prävention gerichtete Risikopolitik und die Sicherungseinrichtungen in Ergänzung der Entwicklung auf der Bundesebene an die neue Situation und die Risikotragfähigkeit der Gruppe in geeigneter Form anzupassen.

Die Kreissparkasse Nordhausen ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen in Frankfurt am Main/Erfurt.

2 Geschäftsentwicklung der Kreissparkasse Nordhausen

2.1 Geschäftsentwicklung insgesamt

Die dargestellten Rahmenbedingungen haben sich günstig auf die bilanzielle Entwicklung und die Ertragslage der Kreissparkasse Nordhausen ausgewirkt. Insgesamt blicken wir auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2013 zurück. Die Entwicklung der Bilanzsumme übertraf die Erwartung aus dem Prognosebericht des Vorjahres.

Geschäftsentwicklung	2013	2012	Veränderungen	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
Geschäftsvolumen ¹	1.034,7	1.008,0	26,7	2,6%
Bilanzsumme	1.021,2	988,9	32,3	3,3%
Forderungen an Kreditinstitute	17,9	25,3	-7,4	-29,2%
Kundenkreditvolumen ²	519,4	500,5	18,9	3,8%
Eigenanlagen ³	433,8	419,0	14,8	3,5%
Beteiligungen	10,6	10,8	-0,2	-1,9%
Anteile an verbundenen Unternehmen	5,8	5,8	0,0	0,0%
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	73,4	71,3	2,1	2,9%
Kundeneinlagen ⁴	849,4	822,2	27,2	3,3%
Eigenkapital (Sicherheitsrücklage)	63,4	62,0	1,4	2,3%
Depotvolumen ⁵	103,0	104,9	-1,9	-1,8%

¹ Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

² Bilanzposition Aktiva 4 zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

³ Summe aus Bilanzpositionen Aktiva 5 bis 6a

⁴ Summe aus Bilanzpositionen Passiva 2, 3, 9 und 10

⁵ der bei der Dekabank Deutsche Girozentrale und S Broker AG & Co. KG geführten Depots

Die regionalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im Jahresverlauf wiederholt positiv auf den Geschäftsverlauf im Kerngeschäft (Kundeneinlagen, Kundenkreditvolumen, Dienstleistungen) ausgewirkt. Die zugeflossenen Kundeneinlagen sowie die aus der Reduzierung von Interbankengeldern frei gewordenen Mittel wurden in kapitalmarktorientierte Anlagen investiert und ermöglichten die Ausweitung des Kundenkreditvolumens. Insbesondere durch die Ausweitung der Kundeneinlagen erhöhte sich im Berichtsjahr die Bilanzsumme um 32,3 Mio EUR oder 3,3 % auf 1.021,2 Mio EUR, das Geschäftsvolumen stieg um 26,7 Mio EUR bzw. 2,6 % auf 1.034,7 Mio EUR.

2.2 Kreditgeschäft

Bei dem bilanziellen Kreditvolumen an Kunden (inklusive Eventualverbindlichkeiten) konnten die Bestandsrückgänge durch Neuausreichungen überkompensiert werden. Der Anstieg des Kundenkreditvolumens auf 519,4 Mio EUR fiel mit 18,9 Mio EUR bzw. 3,8 % höher als erwartet aus. Im Berichtsjahr 2013 wurden 40,4 Mio EUR an Krediten für Unternehmen und Selbständige neu zugesagt. Die Neukreditvergabe an diese Kundengruppe lag dabei auf Vorjahresniveau. Ursächlich waren im Wesentlichen die in der zweiten Jahreshälfte anziehende Nachfrage nach Investitionskrediten und der Erwerb weiterer Schuldscheindarlehen von Unternehmen. Die Neuausreichungen konnten die Tilgungen und Rückführungen überkompensieren, erwartet hatten wir eine wesentlich geringere Kreditnachfrage. Dies führte zu einem Anstieg des Bestands an Unternehmenskrediten von 6,6 Mio EUR bzw. 2,2 % auf 306,6 Mio EUR. Die Kredite gegenüber der öffentlichen Hand legten um 2,7 Mio EUR bzw. 11 % auf 27,2 Mio EUR zu.

Erfreulich entwickelten sich weiterhin die Darlehenszusagen an Privatpersonen. Sie lagen mit 46,7 Mio EUR um 10,6 % über dem Vorjahreswert. Ursächlich hierfür waren die Zusagen im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft, die um 22,6 % auf 29,9 Mio EUR gesteigert werden konnten. Trotz hoher Tilgungsleistungen und des anhaltenden Wettbewerbs erhöhte sich der Bestand an privaten Darlehen um insgesamt 14 Mio EUR bzw. 7,2 % auf 207,3 Mio EUR. Dies übertraf unsere Erwartungen deutlich.

2.3 Eigenanlagen

Die Entwicklung an den Zins- und Aktienmärkten während des abgelaufenen Geschäftsjahres nahmen wir zum Anlass, in den Bereich der Eigenanlagen mehr als geplant zu investieren. Der Wertpapierbestand erhöhte sich im Berichtsjahr um insgesamt 14,8 Mio EUR bzw. 3,5 % auf 433,8 Mio EUR. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren blieb dabei im Vergleich zum Vorjahr mit einem Bestand von 266,1 Mio EUR nahezu unverändert. Der Aktienbestand sowie die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere erhöhten sich um insgesamt 14,7 Mio EUR auf 167,7 Mio EUR; ursächlich hierfür waren vor allem Investitionen in den Spezialfonds- und Investmentfondsbestand.

Die Eigenanlagen sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer (Duration) der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beträgt 2,5 Jahre nach 1,9 Jahren im Vorjahr.

Zwischen den Bilanzstichtagen verringerten sich die Forderungen an Kreditinstitute um 7,4 Mio EUR auf 17,9 Mio EUR im Wesentlichen bedingt durch die Investitionen in die Eigenanlagen.

2.4 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Bestand an Beteiligungen der Sparkasse verringerte sich abschreibungsbedingt gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio EUR bzw. 1,9 % und beträgt insgesamt 10,6 Mio EUR.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen veränderten sich nicht zum Vorjahr. Der Bestand beträgt weiterhin 5,8 Mio EUR.

2.5 Sachanlagen/Investitionen

Größere bauliche Investitionen erfolgten im Berichtsjahr nicht. Entsprechend unserer Planung führten wir Modernisierungs-, Renovierungs- und Arrondierungsmaßnahmen im Gebäudebestand sowie Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in technische Anlagen, der EDV und der Büro- und Geschäftsausstattung durch. Der Bestand an Sachanlagen verminderte sich nach planmäßigen Abschreibungen von 1,8 Mio EUR um insgesamt 1,6 Mio EUR bzw. 6,8 % auf 22,1 Mio EUR.

2.6 Einlagengeschäft

Kundeneinlagen	2013	2012	Veränderungen	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	843,9	811,3	32,6	4,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	5,5	10,9	-5,4	-49,5
Gesamt	849,4	822,2	27,2	3,3

Die Entwicklung der gesamten Kundeneinlagen übertraf wiederholt unsere Erwartungen. Während im vorjährigen Prognosebericht ein nahezu unveränderter Bestand erwartet wurde, stiegen die Kundeneinlagen stark um 27,2 Mio EUR bzw. 3,3 % auf 849,4 Mio EUR an. Maßgeblich dafür war der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 32,6 Mio EUR bzw. 4,0 % auf 843,9 Mio EUR. Im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements verminderte sich der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten um 5,4 Mio EUR bzw. 49,5 % auf 5,5 Mio EUR.

Vor dem Hintergrund der noch nachwirkenden Unsicherheiten aus der Finanzmarktkrise, der Zinsentwicklung und der Wettbewerberangebote bevorzugten unsere Kunden - wie im Vorjahr - Sicht- und Sparanlagen mit kurz- und mittelfristigem Charakter. Der Bestand an täglich fälligen Sichteinlagen erhöhte sich um 20,7 Mio EUR bzw. 4,5 % auf 484,8 Mio EUR. Stark rückläufig waren wiederholt Anlagen in Sparbriefen. Insgesamt reduzierte sich der Bestand an anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist um 6,1 Mio EUR bzw. 20,5 % auf 23,7 Mio EUR. Demgegenüber stieg durch Umschichtungen der Bestand an normal- und höherverzinslichen Spareinlagen um 18,0 Mio EUR bzw. 5,7 % auf 335,4 Mio EUR.

Aufgrund der Marktentwicklungen erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entgegen unseren Erwartungen leicht; sie stiegen stichtagsbedingt um 2,1 Mio EUR bzw. 2,9 % auf 73,4 Mio EUR.

2.7 Eigenkapital

Nach Feststellung des Jahresüberschusses 2012 und der Ausschüttung an den Träger der Sparkasse, den Landkreis Nordhausen, in Höhe von 594 TEUR konnte die Sicherheitsrücklage im Berichtsjahr 2013 um 1,4 Mio EUR bzw. 2,3 % auf 63,4 Mio EUR erhöht werden. Nach der Feststellung des Jahresabschlusses 2013 sollen nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands vom Jahresüberschuss in Höhe von 2,1 Mio EUR insgesamt 1,5 Mio EUR der Sicherheitsrücklage zugeführt und 594 TEUR an den Träger ausgeschüttet werden. Die Sicherheitsrücklage wird somit nach erfolgter Ausschüttung 64,9 Mio EUR betragen. Neben der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken stehen der Sparkasse die Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB als ergänzende Eigenkapitalbestandteile zur Verfügung. Im Vorgriff auf die anstehenden gesetzlichen Änderungen der Eigenkapitalvorschriften verzichtet die Sparkasse bereits seit Mitte 2013 auf den Ansatz der vorhandenen nicht realisierten Reserven in Wertpapieren und Investmentanteilen als Bestandteil des haftenden Eigenkapitals.

Die Sparkasse verfügte am 31. Dezember 2013 über eine Gesamtkennziffer gemäß § 2 Abs. 6 Solvabilitätsverordnung (SolvV - Verordnung über die angemessene Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholding-Gruppen) von 18,9 % und eine Kernkapitalquote von 14,4 %. Ende 2012 betragen die Gesamtkennziffer nach § 2 Abs. 6 SolvV 18,7 % und die Kernkapitalquote 15,2 %.

2.8 Depotvolumen

Der Depotkontenbestand der von der Sparkasse betreuten bzw. geführten Depots verminderte sich um 451 Stück auf 5.957 Stück; das Volumen im Wertpapierkommissionsgeschäft der bei der DekaBank Deutsche Girozentrale Frankfurt am Main und Luxemburg sowie der bei der S Broker AG & Co. KG bestehenden Depots betrug Ende 2013 insgesamt 103,0 Mio EUR und lag um 1,9 Mio EUR bzw. 1,8 % unter dem Vorjahr.

Entgegen unserer Erwartung ging der Wertpapierumsatz um 12,0 Mio EUR bzw. 17,3 % auf 57,3 Mio EUR zurück. Die Entwicklung ist maßgeblich auf die rückläufige Nachfrage nach festverzinslichen Anleihen und Investmentfonds zurückzuführen.

Umsatzentwicklung Depotgeschäft*	2013	2012	Veränderungen	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
Festverzinsliche Wertpapiere	31,3	40,6	-9,3	-22,9
Aktien und Optionsscheine	7,5	5,1	2,4	47,1
Investmentfonds	18,5	23,6	-5,1	-21,6
Gesamt	57,3	69,3	-12,0	-17,3

* bei der Dekabank Deutsche Girozentrale und S Broker AG & Co. KG geführte Depots

2.9 Dienstleistungsgeschäft

Insgesamt betreut die Sparkasse rd. 116.200 Konten. Trotz des anhaltenden Einwohnerrückgangs konnten die Privatgirokonten auf 45.042 Stück (Vorjahr: 44.859 Stück) gesteigert werden. Unseren Kunden steht mit 17 Standorten (inkl. Hauptstelle) im Landkreis Nordhausen ein flächendeckendes Netz an mitarbeiterbesetzten Filialen bzw. Selbstbedienungsfilialen, ein sparkasseneigenes CallCenter mit einer werktäglichen Erreichbarkeit von 8 bis 18 Uhr sowie 24 Stunden am Tag die Internetfiliale www.kskndh.de für die Erledigung ihrer Bankgeschäfte zur Verfügung. Im Landkreis Nordhausen hält die Sparkasse 35 Geldautomaten – davon 11 mit Ein- und Auszahl- und einer mit Kontoauszugsdruckfunktion -, 47 Multifunktionsterminals für Überweisungen und Kontoauszugsdrucke sowie zwei Münzeinzahlungsautomaten für ihre Kunden vor.

Das Verbundgeschäft entwickelte sich im vergangenen Geschäftsjahr differenziert. Wesentliche Gründe hierfür sehen wir in dem Sicherheitsbedürfnis unserer Kunden nach der Finanzmarktkrise und dem niedrigem Zinsniveau. Das Umsatzvolumen im Wertpapiergeschäft ging entgegen unseren Erwartungen zurück. Im Leasingbereich konnten unsere Erwartungen erfüllt werden, während sich das Versicherungsgeschäft, das die Sparkasse seit Oktober 2001 als Generalagentur der Sparkassenversicherung im Landkreis Nordhausen betreibt, differenziert entwickelte. Bei der Vermittlung von privaten Lebensversicherungen verfehlte die Sparkasse das aufgestellte Geschäftsziel in 2013; die Erwartungen im Sachversicherungsbereich konnten erneut übertroffen werden. Die Vermittlungen für die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen lagen auf dem erwarteten Niveau; ebenso wie das Ergebnis aus der Vermittlung von Immobilien.

Das Kreditkartengeschäft mit Mastercard- und Visa-Kreditkarten konnte weiter ausgebaut werden; insgesamt erhöhte sich der vermittelte Kartenbestand auf 6.342 Stück. Gegenüber dem Vorjahresende ergab sich ein Bestandsanstieg von 462 Karten.

3 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

3.1 Personal- und Sozialbereich

Die Sparkasse beschäftigte zum Bilanzstichtag 267 (Vorjahr: 262) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter 95 Teilzeitkräfte (Vorjahr: 86) und 18 Auszubildende (Vorjahr: 22). Umgerechnet auf Vollzeitkräfte entspricht dies einer Personalkapazität von 225 Beschäftigten (Vorjahr: 223). Altersteilzeitvereinbarungen bestehen bei sieben Beschäftigten (Vorjahr: 9); die Beschäftigten befinden sich alle (Vorjahr: 8) in der Freistellungsphase. Die Personalstruktur ist mit 72,3 % (Vorjahr: 73,3 %) weiterhin von einem hohen Anteil weiblicher Bediensteter geprägt. Die Sparkassensonderzahlung (SSZ) wurde 2006 aufgrund des umgesetzten Tarifvertrages (TVöD) eingeführt und wird seitdem angewendet. Der variable Anteil fließt in einen individuell-leistungsbezogenen und einen unternehmens-erfolgsbezogenen Anteil ein. Alle unsere Auszubildenden schlossen ihre Berufsausbildung erfolgreich ab. Angesichts des zu erwartenden Fachkräftemangels hielt die Sparkasse die Ausbildungsquote weiterhin hoch.

Der sich weiter verschärfende Wettbewerb, technische Neuerungen und sich ändernde rechtliche Rahmenbedingungen erforderten und erfordern weiterhin die gezielte, an den spezifischen Anforderungen des Arbeitsplatzes orientierte Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um flexiblere und damit auch ökonomischere Arbeitszeitregelungen zu verwirklichen, können unsere Beschäftigten die variable Arbeitszeit und unterschiedliche Teilzeitmodelle nutzen. Zur Sicherung des zukünftigen Bedarfs an qualifizierten Fach- und Führungskräften investiert die Sparkasse in ein Nachwuchsförderprogramm.

3.2 Gesellschaftliches Engagement

Im Jahr 2013 hat die Sparkasse für die Förderung der Region in den Bereichen Kunst, Kultur, Umwelt, Sport, soziale Zwecke und Jugendarbeit insgesamt 178 TEUR zur Verfügung gestellt.

Die Stiftung der Kreissparkasse Nordhausen förderte im Jahr 2013 Projekte mit einem Volumen von rund 73 TEUR.

4 Ertragslage

Die Ertragslage der Sparkasse hat sich im Geschäftsjahr 2013, gemessen am Betriebsergebnis vor und nach Bewertung, entsprechend unseren Erwartungen insgesamt rückläufig, jedoch wesentlich günstiger als angenommen, entwickelt; der Jahresüberschuss nach Steuern stellt sich erwartungsgemäß nahezu auf Vorjahresniveau dar.

Entwicklung der Ertragslage	2013		2012		Veränderungen	
	in Mio EUR	in % der DBS	in Mio EUR	in % der DBS	in Mio EUR	in %
Zinsüberschuss ¹	22,3	2,1	21,3	2,1	1,0	4,7
Provisionsüberschuss ²	6,8	0,7	6,9	0,7	-0,1	-1,4
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Personalaufwand	11,7	1,1	11,4	1,1	0,3	2,6
Sachaufwand	6,2	0,6	5,4	0,5	0,8	14,8
Saldo sonstige betriebliche Erträge / Aufwendungen ³	0,2	0,0	0,5	0,1	-0,3	-60,0
AfA auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	1,9	0,2	1,9	0,2	0,0	0,0
Betriebsergebnis vor Bewertung	9,5	0,9	10,0	1,0	-0,5	-5,0
Bewertung / Risikovorsorge ⁴	4,8	0,5	4,9	0,5	-0,1	-2,0
Betriebsergebnis nach Bewertung	4,7	0,5	5,1	0,5	-0,4	-7,8
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Ertragssteuern	2,7	0,3	3,0	0,3	-0,3	-10,0
Jahresüberschuss nach Steuern	2,1	0,2	2,1	0,2	0,0	0,0
Durchschnittliche Bilanzsumme (DBS)	1.043,2		992,6			

¹ GuV-Position 1 – GuV-Position 2 + GuV-Position 3

² GuV-Position 5 – GuV-Position 6

³ GuV-Position 4 + GuV-Position 8 + GuV-Position 9 – GuV-Position 12 - GuV-Position 17 - GuV-Position 24

⁴ GuV-Position 13 + GuV-Position 14 - GuV-Position 15 + GuV-Position 16 + GuV-Position 18

Der Zinsüberschuss als wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse entwickelte sich entgegen unseren Erwartungen positiv und stieg im Vorjahresvergleich um 1 Mio EUR bzw. 4,7 % auf 22,3 Mio EUR. Die Zinsaufwendungen enthielten wiederholt Ergebniseffekte für Ausgleichszahlungen für die vorzeitige Auflösung (Close-out) von Zinsswaps, jedoch nicht im Ausmaß des Vorjahres. Durch diese Maßnahme wird der Zinsaufwand zukünftiger Jahre verringert. Im Ergebnis fiel der Rückgang des Zinsaufwands im Vergleich zum Vorjahr stärker aus als der Rückgang der Zinserträge; die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurden im Jahr 2013 leicht ausgebaut. Der Provisionsüberschuss war entgegen unseren Erwartungen rückläufig, was vor allem auf das geringere Wertpapiergeschäft zurückzuführen ist. Die Provisionserträge resultieren in erster Linie aus dem Zahlungsverkehr. Weitere bedeutende Ertragseinnahmen sind das Kredit-, Wertpapier- und Vermittlungsgeschäft im Sparkassenverbund.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) erhöhten sich um 1,1 Mio EUR bzw. 6,5 % auf 17,9 Mio EUR und bestätigten unsere Planungsannahmen. Der Personalaufwand erhöhte sich, jedoch nicht so stark wie erwartet, um 0,3 Mio EUR bzw. 2,6 % auf 11,7 Mio EUR. Die darin enthaltenen Löhne und Gehälter stiegen gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio EUR bzw. 3,5 % auf 9,7 Mio EUR an; die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung blieben mit 2,1 Mio EUR auf Vorjahresniveau. Die Sachaufwendungen stiegen stärker als geplant um 0,8 Mio EUR bzw. 14,8 % auf 6,2 Mio EUR. Ursächlich hierfür war insbesondere die durch eine Einmalzahlung vorweggenommene Dotierung des regionalen Stützungsfonds.

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen weist einen positiven Betrag von 0,2 Mio EUR nach 0,5 Mio EUR im Vorjahr aus. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten unter anderem Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen für potenzielle Schadenersatzansprüche und das Spendenaufkommen der Sparkasse.

Der Gesamtaufwand (GuV-Positionen 10 bis 12) erhöhte sich um 1,2 Mio EUR bzw. 5,9 % auf 21,7 Mio EUR. Die Erträge (GuV-Positionen 1 bis 9) stiegen um 0,8 Mio EUR bzw. 2,6 % auf 31,3 Mio EUR. Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) erhöhte sich von 67,2 im Vorjahr auf 69,3.

Entwicklung Aufwands-/Ertragsrelation	2013	2012	Veränderungen	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	in %
Gesamtaufwand (GuV-Pos. 10 bis 12)	21,7	20,5	1,2	5,9
Gesamtertrag (GuV-Pos. 1 bis 9)	31,3	30,5	0,8	2,6
Cost-Income-Ratio	69,3	67,2		

Die Eigenkapitalrentabilität (Betriebsergebnis nach Bewertung gemäß Betriebsvergleich der Sparkassen vor § 340f HGB Zuführung bzw. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB im Verhältnis zur Sicherheitsrücklage, dem Bestand an § 340f HGB Vorsorgereserven sowie dem Fonds für allgemeine Bankrisiken) zeigt folgende Entwicklung auf:

Entwicklung Eigenkapitalrendite	2013	2012	2011
	7,8 %	14,1 %	11,4 %

Per Saldo wurden im Jahr 2013 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu den Rückstellungen im Kreditgeschäft (GuV 13) in Höhe von 2,4 Mio EUR nach 4,6 Mio EUR im Vorjahr notwendig. Der Vorjahreswert enthielt die Dotierung von Vorsorgereserven nach § 340f HGB; für das Jahr 2013 führten wir im Hinblick auf die veränderten aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften 2,0 Mio EUR dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zu.

Die Abschreibungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere verringerten sich nach Saldierung mit Erträgen aus der Zuschreibung auf bzw. Veräußerungsgewinnen aus Wertpapieren, die wie Anlagevermögen behandelt werden, und betragen gemäß unseren Erwartungen analog dem Vorjahr 0,3 Mio EUR.

Auf den zum Niederstwertprinzip bewerteten Wertpapierbestand der Sparkasse erfolgten im abgelaufenen Geschäftsjahr handelsrechtliche Ab- und Zuschreibungen. Im Einklang mit unseren Erwartungen resultierte aus dem Wertpapiergeschäft (Wertpapiere der Liquiditätsreserve sowie des Anlagevermögens) in Summe ein Wertberichtigungsbedarf. Die Risikovorsorgeaufwendungen im Kreditgeschäft waren wie erwartet im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht.

Zusammen mit der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB reduzierten sich die gesamten Bewertungs- und Risikovorsorgeaufwendungen um 0,1 Mio EUR auf 4,8 Mio EUR. Die über verschiedene Kundensegmente und Branchen gestreuten Kreditausfallrisiken wurden angemessen abgeschirmt.

Die oben dargestellten Ergebniseffekte waren im Wesentlichen für den im Berichtsjahr ausgewiesenen Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertung um insgesamt 0,5 Mio EUR auf 9,5 Mio EUR ursächlich. Der Rückgang fiel jedoch moderater aus als erwartet. Das Betriebsergebnis nach Bewertung in Höhe von 4,7 Mio EUR liegt ebenfalls mit 0,4 Mio EUR bzw. 7,8 % unter dem des Vorjahres. Nach Abzug des Steueraufwands von 2,7 Mio EUR weist die Sparkasse einen leicht über dem Vorjahr (2.057 TEUR) liegenden Jahresüberschuss von 2.098 TEUR aus. Dies ermöglicht für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Ausschüttung an den Träger der Sparkasse, den Landkreis Nordhausen, die nach Feststellung des Jahresabschlusses analog dem Vorjahr 594 TEUR, davon 94 TEUR für Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag, betragen soll. Der verbleibende Betrag von 1.504 TEUR wird erneut der Sicherheitsrücklage zugeführt, die sich somit auf 64,9 Mio EUR erhöht. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie der branchenspezifischen Gegebenheiten ist der Vorstand der Sparkasse mit dem erreichten Ergebnis zufrieden. Es ist Ausdruck einer stetigen sowie vorausschauenden Geschäftspolitik.

5 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Nordhausen war im Geschäftsjahr 2013 wie in den Vorjahren aufgrund einer planvollen und vorausschauenden Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsverordnung nach § 11 KWG (LiqV) und die Mindestreservevorschriften dienen der Beschränkung des Abruftrisikos. Der Mindestwert für die Liquiditätskennzahl gem. LiqV beträgt 1. Die Sparkasse hat im Berichtsjahr diese Kennzahl stets erfüllt. Die zu den Stichtagen (Monatsultimo) ermittelte Liquiditätskennzahl lag im Jahr 2013 zwischen 5,1 und 5,9. Nach unserer Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse auch für die absehbare Zukunft weiterhin jederzeit gesichert.

6 Vermögenlage

Nach der Feststellung des Jahresabschlusses 2013 und der Berücksichtigung der geplanten Ausschüttung an den Träger von 594 TEUR wird die Sicherheitsrücklage der Sparkasse voraussichtlich 64,9 Mio EUR betragen. Neben der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken, die die wesentlichen Bestandteile des Kernkapitals bilden, verfügt die Sparkasse zusammen mit den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, welche dem Ergänzungskapital zugerechnet werden, über eine ausreichende Basis für die zukünftige Ausweitung des risikotragenden Geschäftes. Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG lag - bezogen auf die Summe der Eigenkapitalanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolV) per 31. Dezember 2013 - mit 18,9 % deutlich über dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %.

Innerhalb der Bilanzstruktur ergaben sich zum Bilanzstichtag 2013 leichte Modifizierungen. Auf der Aktivseite der Bilanz stellen die Forderungen an Kunden mit einer Erhöhung auf 505,8 Mio EUR bzw. 49,5 % (Vorjahr: 481,4 Mio EUR bzw. 48,7 %) und die Eigenanlagen mit 433,8 Mio EUR bzw. 42,5 % (Vorjahr: 419 Mio EUR bzw. 42,4 %) die bedeutendsten Positionen dar. Auf der Passivseite beträgt der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 843,9 Mio EUR bzw. 82,6 % (Vorjahr: 811,3 Mio EUR bzw. 82,1 %), der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beträgt 73,4 Mio EUR bzw. 7,2 % (Vorjahr: 71,3 Mio EUR bzw. 7,2 %). Die verbrieften Verbindlichkeiten verminderten sich auf 5,5 Mio EUR bzw. 0,5 % (Vorjahr: 10,9 Mio EUR bzw. 1,1 %). Nachrangige Verbindlichkeiten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

B Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Kreissparkasse Nordhausen ergaben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung dieses Lageberichtes nicht.

C Risikobericht

1 Prinzipien im Umgang mit Risiken

Die kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken sind Kernfunktionen der Sparkasse. In diesem Kontext hat das Risikomanagement und -controllingsystem zur Erwirtschaftung einer angemessenen Eigenkapitalrendite das vorrangige Ziel, Risiken des Sparkassenbetriebes qualifiziert und zeitnah zu identifizieren, permanent transparent und dadurch steuerbar zu machen. Die Steuerung der Risiken und des Kapitals erfolgt mithilfe einer Risikostrategie und eines daraus abgeleiteten Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen. In einem Risikohandbuch sind die Rahmengrundsätze zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Geschäftsrisiken dargelegt.

Um Interessenkonflikte zu vermeiden und Entscheidungen möglichst objektiv treffen zu können, besteht eine funktionale und organisatorische Trennung von Marktfunktionen sowie risikosteuernden und überwachenden Funktionen, die den Vorstand mit einschließt und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entspricht.

Unter dem Begriff „Risiko“ versteht die Sparkasse eine Verlust- oder Schadensgefahr, die dadurch entsteht, dass eine erwartete zukünftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird bzw. eine wirkungsgleiche unerwartete Entwicklung eintritt.

2 Risikomanagement und -controlling auf Gesamtbankebene

Der Risikomanagementprozess beinhaltet alle Aktivitäten der Sparkasse zum systematischen Umgang mit Risiken. Dazu zählen die Risikoerkennung, die Risikobewertung, die Risikomessung, das Risikoreporting, die Steuerung der Risiken als Konsequenz von Bewertung, Messung und Reporting sowie die Risikokontrolle.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle Geschäftsbereiche und gewährleistet eine integrierte Risikoüberwachung. Dadurch wird es der Sparkasse ermöglicht, kurzfristig auf Veränderungen der markt-mäßigen und organisatorischen Gegebenheiten zu reagieren. Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Einrichtung, Organisation und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems trägt der Gesamtvorstand. Er ist zugleich zuständig für die Formulierung der strategischen Ausrichtung der Sparkasse unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten. Innerhalb der Risikomanagement-Organisation verabschiedet der Vorstand neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die Höhe des maximalen Gesamtrisikos und die Aufteilung der Risiken nach Marktpreisrisiken, Adressenausfall- und operationellen Risiken. Innerhalb der Marktpreisrisiken erfolgt die weitere Verteilung auf Eigenanlagen- und Zinsspannenrisiken und innerhalb der Adressenausfallrisiken auf Eigen-, Kundengeschäfts- und Beteiligungsrisiken.

Die Risikoerkennung dient der Identifikation und Beschreibung der bestehenden Risiken.

Die Risikobewertung aller Risiken hat das Ziel, eine erste Einstufung der Wesentlichkeit vorzunehmen, um die Risiken für den Einbezug in das Risikotragfähigkeitskonzept zu identifizieren. Weiterhin erfolgt die Festlegung der im Rahmen des Risikomanagements zu betrachtenden Risiken. Bei der Bewertung der einzelnen Risiken werden ggf. vorhandene Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekte berücksichtigt. Neben einer verbalen Beschreibung wird als Instrument der Risikobewertung die Risikokennzahl als erster Indikator für die Risikobewertung herangezogen. Sie ermittelt sich als Produkt aus Eintrittswahrscheinlichkeit, Risikobedeutung und Beherrschbarkeit. Weitere Risiken werden durch einen Puffer berücksichtigt.

Bei der Risikomessung werden die konkreten Verlust- bzw. Vermögensminderungspotenziale ermittelt und mit den festgelegten Schwellenwerten bzw. Limiten abgeglichen. Die Ergebnisse sind in den regelmäßig erstellten Reports dokumentiert. Einzelrisiken von erhöhter Bedeutung werden, insbesondere auch bei Überschreitung der festgelegten Schwellenwerte bzw. Limite, dem Gesamtvorstand ad hoc zur Kenntnis gegeben.

Unter Risikosteuerung verstehen wir die Ermittlung der Risikoursachen, die Auswahl und Anwendung der Instrumente zur Risikobewältigung sowie die Durchführung von Maßnahmen, die die Risikovermeidung, -verminderung, -kompensation oder -akzeptanz aktiv beeinflussen.

Das Risikocontrolling quantifiziert und überwacht die Risiken. Als wesentliche Aufgabe darin sehen wir auch die Entwicklung eines einheitlichen und geschlossenen Risikosystems. Zu den Funktionen des Risikocontrollings gehören neben der Überwachung der vom Vorstand genehmigten Limite das Reporting der Risikokennziffern an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche sowie die laufende Weiterentwicklung der entsprechenden Methoden und Prozesse nach betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Kriterien. Für die konzeptionelle Weiterentwicklung der Risikosysteme nutzt die Sparkasse die Synergieeffekte des Sparkassenverbundes. Die Funktionstrennung zwischen Steuerung und Überwachung ist bis zur Vorstandsebene und auch für den Vertretungsfall gewährleistet. Eng verbunden mit dem Risikocontrolling ist die Risikocontrolling-Funktion nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken verantwortlich ist. Sie ist dem Überwachungsvorstand zugeordnet.

Die einzelnen Risikoarten sind in ein institutsübergreifendes Unternehmenssicherungskonzept (USI) bzw. in das Risikohandbuch integriert. Je nach Geschäftsfeld und Risikoart kommen verschiedene Methoden zum Einsatz. Die einzelnen Risikofaktoren werden dabei im Hinblick auf ihre möglichen Aus-

wirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung beurteilt. Bei einzelnen Risikoarten erfolgt eine Betrachtung mittels „Value-at-Risk“-Ansatz. Damit wird ein Betrag für mögliche barwertige Verluste angegeben, der innerhalb eines bestimmten Zeithorizontes mit der festgelegten Sicherheitswahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Die Betrachtung der wesentlichen Risiken erfolgt über ein Stresstestprogramm.

3 Risikotragfähigkeit und Integration in die Gesamtrisikosteuerung

Das Risikotragfähigkeitssystem ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung der Sparkasse; auf dieser Basis hat die Sparkasse die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit in der Geschäftsstrategie inklusive der Eigenhandels-, Beteiligungs-, Vertriebs- und Kostenstrategie festgelegt und daraus eine Risikostrategie sowie eine IT-Strategie abgeleitet. Die Risikostrategie enthält Aussagen zur allgemeinen Risikostrategie, zu Marktpreis-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken sowie zu operativen Risiken. Die Risikostrategie wird ergänzt um die Teilrisikostrategie Kreditrisikostrategie.

Abgeleitet aus der Geschäfts- und Risikostrategie verfolgt die Sparkasse einen gewinn- und verlustorientierten Going-Concern-Ansatz. Dieser beinhaltet unter Einhaltung der bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen eine Fortführung der Geschäftstätigkeit auch nach kompletter Aufzehrung des verwendbaren Risikodeckungspotenzials durch schlagend werdende Risiken. In regelmäßigen Abständen wird das Risikodeckungspotenzial der Sparkasse ermittelt bzw. überprüft, dass zur Abdeckung von möglichen Verlusten herangezogen werden kann. Es gibt Aufschluss darüber, in welcher Höhe maximal Risiken im Rahmen unserer Geschäftspolitik eingegangen werden können. Durch Vergleich der eingegangenen Risiken mit dem festgelegten Risikodeckungspotenzial wird die übergreifende Risikotragfähigkeit der Sparkasse sichergestellt. Die Risikotragfähigkeitsanalyse steht im Einklang mit einer überlegten Geschäftspolitik und dient dem Schutz unserer Gläubiger und der Stärkung des Eigenkapitals.

Im Rahmen der integrierten Gesamtrisikosteuerung ist gewährleistet, dass die vorhandenen Deckungsmassen unter Berücksichtigung von Wechselwirkungen nicht überschritten werden. Die Quantifizierung des Risikodeckungspotenzials erfolgt periodenorientiert. Grundsätzlich besteht das gesamte periodenorientierte Risikodeckungspotenzial aus dem zum Jahresende geplanten bzw. erwarteten Betriebsergebnis vor Bewertung - ergänzt um positive oder negative erwartete Ergebnisbeiträge - und aus nicht benötigten Rücklagen. Zum Nachweis der Tragfähigkeit auch künftiger Risiken wird nicht das gesamte Risikodeckungspotenzial angesetzt. Die Risikotragfähigkeit in der periodischen Sichtweise wird auf Basis von Szenarien ermittelt und vierteljährlich überprüft. Aus der szenariobasierten Risikobetrachtung heraus (Stresstestprogramm) ergibt sich die Vierstufigkeit „Erwartungswert“, „Risikofall“ und „außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse (aE-Stresstest)“ mit dem Pflichtszenario „Schwerer konjunktureller Abschwung“ sowie den „Inversen Stresstest“.

Als Komponenten des Risikodeckungspotenzials im Risikofall stehen der Sparkasse das geplante Betriebsergebnis vor Bewertung des aktuellen Jahres - ohne Berücksichtigung der Nettoergebnisse aus Finanzgeschäften - und realisierte Gewinne sowie ggf. weitere freie Reserven zur Verfügung. Abgezogen hiervon werden das erwartete, adressenbasierte Bewertungsergebnis aus dem Kundengeschäft, aus dem Eigengeschäft und aus Beteiligungen sowie die erwarteten operationellen Risiken, ein Mindestbetriebsergebnis, Planungsunsicherheiten und sonstige Ergebnisbelastungen wie z. B. ein negatives neutrales Ergebnis. Von diesem verwendbaren Risikodeckungspotenzial werden Risikopuffer für nicht in die Limitierung einbezogene Risiken und zur Vermeidung von laufenden Anpassungen der Verlustobergrenzen abgezogen. Die dem Risikodeckungspotenzial gegenüberzustellenden Risikowerte ergeben sich grundsätzlich aus der Abweichung der Szenarioergebnisse von den Erwartungswerten.

Nach Risikobedeutung und unter Berücksichtigung der gesteckten Unternehmensziele erfolgt die Aufteilung des Risikodeckungspotenzials auf die einzelnen Risikobereiche. Ausgehend von den Planwerten zum Jahresanfang 2013 wurde zunächst ein Gesamtlimit von 31,9 Mio EUR verteilt, das zum ersten

Quartal auf 32,1 Mio EUR erhöht wurde. Die Berechnung der unerwarteten Risiken mit Betrachtungszeitraum bis zum Jahresende 2013 führte zu den einzelnen Reportingstichtagen zu einer Auslastung des Gesamtlimits zwischen 55,9 % und 75,9 %. Die Risikosituation stellte sich im Berichtszeitraum jederzeit als tragbar dar. Zum Bilanzstichtag 2013 wurde ein Gesamtlimit für unerwartete Risiken auf Sicht zum Jahresultimo 2014 von 41,2 Mio EUR verteilt und eine Auslastung von 75,7 % ermittelt.

Im Rahmen der aE-Stresstests wird untersucht, wie sich wesentliche Risiken der Sparkasse unter Annahme von Stressszenarien darstellen. Um die Wirkung von aE-Stresstest zu verdeutlichen, wird eine Gegenüberstellung zum Risikodeckungspotenzial durchgeführt. Die Stressszenarien werden aus Erfahrungen der Vergangenheit abgeleitet („Historisches Szenario“) oder im Kontext des geschäftlichen Umfelds der Sparkasse als hypothetische Szenarien entwickelt („Boom“ und „Schwerer konjunktureller Abschwung“). Beim aE-Stresstest „Historisches Szenario“ berücksichtigt die Sparkasse die mit einem Risikoaufschlag versehenen relativ größten historischen negativen Ergebnisse der einzelnen Risikoarten. Das Szenario „Boom“ beinhaltet einen deutlichen Zinsanstieg und den daraus resultierenden Anstieg der Marktpreis- und Adressenrisiken im Kunden- und Eigengeschäft. Ein schwerer konjunktureller Abschwung könnte neben den Nachschuss- bzw. Wiederauffüllungspflichten der Stützungsfonds zu einer hohen Belastung aus schlagend werdenden Marktpreis- und Adressenrisiken im Kunden- und Eigengeschäft führen. Der aE-Stresstest „Schwerer konjunktureller Abschwung“ führte zum Ermittlungstichtag 31. Dezember 2013 mit einem Risikowert von 44,5 Mio. Euro zur höchsten Risikoausprägung. Selbst bei Eintritt dieses Ergebnisses wäre die Unternehmensfortführung (Going-Concern-Ansatz) nicht gefährdet.

Die Inversen Stresstests stellen eine Ergänzung zu den sonstigen Stresstests dar. Ziel der inversen Stresstests ist die Untersuchung, welche Ereignisse oder Szenarien die Sparkasse in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden könnten und um Transparenz über maßgebliche Risikotreiber zu erhalten, die die Geschäftsaktivitäten besonders stark beeinflussen können. Durch die „Silo-Betrachtung“ der wesentlichen Risikoarten als auch durch die Untersuchung der Abhängigkeiten verschiedener Risiken untereinander auf Basis des aE-Stresstests mit der größten Verlustwirkung, wird untersucht und kritisch reflektiert, wie stark sich ein oder mehrere Risikoparameter noch verändern müssen, um die kritische Schwelle zu erreichen.

Die Aggregation der Einzelrisiken zum Gesamtrisiko erfolgt jeweils additiv. Korrelationen über die einzelnen Risikoarten hinweg bleiben somit unberücksichtigt. Üblicherweise reduziert der Diversifikationseffekt zwischen den Risikoarten das Gesamtrisiko.

Die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials sowie die Risikotragfähigkeitsanalyse werden regelmäßig durchgeführt und dem Vorstand und dem Verwaltungsrat berichtet.

Das Risikotragfähigkeitskonzept ist zudem um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit soll ein möglicher Kapitalbedarf im Sinne des Risikodeckungspotenzials frühzeitig identifiziert werden, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte.

Die auf Basis der internen Risikotragfähigkeitskonzeption festgelegten Risikodeckungspotenziale als Grundlage des Limitsystems waren jederzeit ausreichend, um die eingegangenen Risiken vollständig abzudecken. Aus den aus der Strategie und der Unternehmensplanung abgeleiteten zukünftigen Aktivitäten schätzen wir ein, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird.

Die wertorientierte Risikobetrachtung führt die Sparkasse derzeit insbesondere im Bereich der Zinsbuchsteuerung und im Bereich der Adressenrisiken durch. Sie dient im Wesentlichen zur Entscheidungsfindung in der Risikobewertung.

4 Interne Revision

Die Interne Revision hat als prozessunabhängige Stelle die Aufgabe, den Vorstand und die weiteren Führungsebenen in ihrer Überwachungsfunktion zu unterstützen. Grundlage dafür ist der unter risikoorientierten Gesichtspunkten aufgestellte und vom Vorstand genehmigte Prüfungsplan. Auf dieser Basis prüft und bewertet die Interne Revision alle Aktivitäten und Prozesse.

5 Risikoarten

Die Sparkasse unterscheidet folgende wesentlichen Risikoarten: Marktpreis-, Adressen-, Liquiditäts- und operationelle Risiken.

5.1 Marktpreisrisiken

Unter dem Marktpreisrisiko versteht die Sparkasse das Risiko eines wirtschaftlichen Verlustes aus Positionen im eigenen Bestand aus zukünftigen Marktpreisschwankungen. Sie beinhalten neben den Zinsrisiken die Währungs-, die Aktienkurs-, die Immobilien- und die Optionsrisiken sowie die Risiken aus Spezial-, Publikums- und offenen Immobilienfonds und die Risiken aus den Optionen im Kundengeschäft.

Die Risikosteuerung - und die damit einhergehenden Dispositionsmaßnahmen im Rahmen der vom Vorstand festgelegten Limite - erfolgt durch den Bereich Handel. Die Risikoüberwachung erfolgt durch die „Betriebswirtschaftliche Abteilung“ mit der Gruppe Rechnungswesen und Bereich Controlling, welche die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verantwortet. Zur Messung und Überwachung werden alle zum Bewertungstag bestehenden risikorelevanten Einzelpositionen der Sparkasse herangezogen. Die Höhe der maximal zulässigen Wertänderungen ist im Rahmen eines Limitsystems begrenzt.

Die Sparkasse bewertet das Marktpreisrisiko sowohl mittels GuV-orientierten als auch wertorientierten Verfahren. Die bedeutendsten Marktpreisrisiken liegen im Zinsänderungsrisiko, das sich in der GuV-orientierten Betrachtung aus Zinsspannenrisiko und dem zinsinduzierten Abschreibungsrisiko zusammensetzt, und im Fondsrisiko.

Das Zinsspannenrisiko wird als negative Abweichung des Zinsüberschusses (Zinsergebnisses) von einem erwarteten Wert verstanden. Dieses Risiko resultiert insbesondere aus unterschiedlichen Volumina und unterschiedlichen Fälligkeiten der festverzinslichen bzw. unterschiedlichen Zinsanpassungen der variabel verzinslichen Aktiv- und Passivpositionen. Steigende Zinsen führen im Rahmen der Fristentransformation bei einem Aktivüberhang zu höheren Refinanzierungskosten und damit zur Verminderung der Zinsspanne. Sinkende Zinsen führen bei einem Passivüberhang zu geringeren Erträgen und somit zur Verminderung der Zinsspanne.

Die Bestimmung des Zinsspannenrisikos erfolgt in zwei Schritten: Zum einen durch die Ermittlung der Zinsstruktur und zum anderen durch die Ermittlung der Geschäftsstruktur für den Risikofall.

Ausgangswert zur Bestimmung der Zinsspannenrisiken ist die geplante bzw. erwartete Zinsspanne. Ausgehend von der geplanten Geschäftsstruktur der Sparkasse werden die Auswirkungen auf die Zinsspanne simuliert, die durch die Veränderung der Zinsstruktur eintreten können. Aus der Gesamtheit der betrachteten Zinsszenarien wird jene Zinsstruktur ermittelt, die den größten Risikowert aus der gemeinsamen Betrachtung von Zinsspannenrisiko und Abschreibungsrisiko der Zinsprodukte ergibt. Nunmehr wird geprüft, ob anhand dieser ermittelten Zinsstruktur die Annahmen der Geschäftsstrukturplanung aufrechterhalten werden können. Eine abweichende Sichtweise ergibt die risikorelevante Geschäftsstruktur.

Das GuV-orientierte Abschreibungsrisiko gibt die Verluste an, die durch Marktpreisschwankungen von Wertpapieren entstehen können und ist für das gesamte Eigenhandelsgeschäft dargestellt. Das Risiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes einer Position, die ausschließlich auf eine Veränderung der Marktpreise zurückzuführen ist und setzt sich somit aus zins- und kursindizierten Abschreibungsrisiken zusammen. Neben der Limitierung der Risikopositionen sind zur effektiven Verlustbegrenzung Warnlimite auf Portfolioebene eingerichtet. Um auch Risiken extremer Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden neben Erwartungswert und Risikofall regelmäßig aE- und inverse Stresstests zur Analyse der Zinsrisikopositionen durchgeführt. Die Globallimite im Anlage- und Liquiditätsbestand wurden im Berichtsjahr nicht überschritten.

Das zugeordnete Limit für das marktpreisinduzierte Abschreibungsrisiko betrug im Jahr 2013 17,8 Mio EUR; das zu Jahresbeginn 2013 zugeordnete Limit für das Zinsspannenrisiko wurde nach dem ersten Quartalsstichtag von 0,5 Mio EUR auf 0,7 Mio EUR angepasst. Die Auslastung zu den Reportingtage bewegte sich zwischen 58,6 % und 77,1 % bzw. 43,5 % und 87,1 %. Im Berichtsjahr betragen die marktpreisinduzierten Abschreibungen 3,5 Mio EUR; ein Zinsspannenrisiko ist nicht eingetreten. Die zum Bilanzstichtag 2013 mit Sicht auf das Jahresende 2014 zugeordneten Limite für das marktpreisinduzierte Abschreibungsrisiko und Zinsspannenrisiko in Höhe von 23 Mio EUR bzw. 1,1 Mio EUR reichen mit einer Auslastung von 75,7 % bzw. 76,5 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Als weitere Marktpreisrisikoausrprägung haben wir die Spreadrisiken definiert. Das Risiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes einer Zinsposition, die auf eine Veränderung der Credit-Spreads bei unverändertem Rating zurückzuführen ist. Die Simulation von Spreadveränderungen erfolgt regelmäßig im Rahmen der szenariobasierten Risikobetrachtung (Stresstestprogramm). Die sich ergebenden Risikowerte werden im Rahmen der Ermittlung des verwendbaren Risikodeckungspotentials als Risikopuffer in Ansatz gebracht.

Zur Steuerung des Gesamtbank-Cashflows und somit zur Risikosteuerung des zinstragenden Geschäfts nutzt die Sparkasse Sicherungsgeschäfte in Form von Zinsswaps im Volumen von 46 Mio EUR. Eine Übersicht der derivativen Finanzinstrumente per Jahresende befindet sich im Anhang zum Jahresabschluss.

Unsere Value-at-Risk-Verfahren sind darauf ausgerichtet, eine einheitliche zukunftsorientierte Analyse und Steuerung des Marktpreisrisikos zu unterstützen.

Die Risikomessung im Eigenhandelsbereich erfolgt für alle Positionen, die in den Value-at-Risk einfließen, anhand einer taggenauen historischen Vollsimulation. Auf dieser Basis wird der Abschreibungsbedarf der Einzelpositionen im Bereich des gesamten Eigenbestandes bei einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 % ermittelt. Zur Überprüfung der Güte der Value-at-Risk-Prognose führt die Sparkasse regelmäßig interne und externe Backtestings durch.

Zusätzlich zu den genannten Value-at-Risk-Ansätzen ermittelt die Sparkasse das Zinsänderungsrisiko des Gesamtzinsbuches bei unterstellter sofortiger Zinsänderung um +200 Basispunkte bzw. -200 Basispunkte. Per 31. Dezember 2013 ergab sich aus der wertorientierten Betrachtungsweise eine Veränderung des Zinsbuchbarwertes um -14,4 Mio EUR (-13,6 % der Eigenmittel) bzw. +17,8 Mio EUR (+16,8 % der Eigenmittel).

Das Risikoreporting des Zinsspannenrisikos erfolgt vierteljährlich im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes an den Vorstand. Des Weiteren erfolgen Wochen- und Monatsreports, der monatliche wertorientierte Treasuryreport, der vierteljährliche Mindestreport inklusive des Optionsrisikenreports „Kundengeschäft“. Die Risikosituation stellte sich im Berichtszeitraum jederzeit als tragbar dar.

5.2 Adressenrisiken

Bei den Adressenrisiken unterscheidet die Sparkasse das Adressenrisiko im Kundengeschäft – unterteilt nach GuV-orientiertem Ausfallrisiko und wertorientiertem Bonitätsänderungsrisiko - und im Eigengeschäft - unterteilt in Kontrahenten- und Emittentenrisiko -, das Länderrisiko und das Beteiligungsrisiko.

5.2.1 Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenausfallrisiko besteht in der Gefahr negativer Bonitätsveränderungen und daraus resultierender Wertverluste infolge von Änderungen in der Kreditwürdigkeit (Bonität) des Kreditnehmers. Adressenausfallrisiken beinhalten somit die Gefahr eines teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich zugesagter Leistungen durch die Geschäftspartner. Zur Begrenzung dieser Risiken setzt die Sparkasse die Anforderungen an das Kreditgeschäft im Rahmen der geltenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) um.

Als ein Steuerungsinstrument wurde durch den Vorstand der Sparkasse eine Kreditrisikostategie verabschiedet, im Rahmen derer die Adressenausfallrisiken quantifiziert und überwacht werden. Daneben gelten risikoorientierte Kreditkonditionen und Kompetenzordnungen sowie verschiedene Limitierungen. Die wichtigsten Überwachungsinstrumente sind die Verfahren zur Früherkennung von Risiken und der Kreditrisikobericht. Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Adressenrisiken erfolgt sowohl einzelgeschäftszugewandt als auch auf Portfolioebene. Hierzu hat die Sparkasse Kreditnehmer- bzw. Kreditnehmereinheitenlimite festgelegt und überwacht das Kreditportfolio nach Ratingklassen, Größenklassen und Branchenrisiken.

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigen wir die Bonität des Geschäftspartners sowie die für das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kompetenzstufe für die Kreditentscheidung und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Die Struktur des Kundenkreditgeschäftes nach Ratingstufen stellte sich zum 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

Ratingnote / Ratingklasse	2013 in % vom		2012 in % vom		Veränderung in %	
	Obligo	Blanko	Obligo	Blanko	Obligo	Blanko
nicht geratet	0,1	0,1	0,2	0,3	-50,0	-66,7
1 – 8 ohne erkennbare Risiken	83,1	86,1	80,0	82,8	3,9	4,0
9 – 10 latente Risiken	6,4	6,5	6,8	7,0	-5,9	-7,1
11 – 15 hohe Risiken	6,9	4,3	8,3	6,2	-16,9	-30,6
ab 16 wertberichtigt	3,5	3,0	4,7	3,7	-25,5	-18,9

Als Ansatzmethode zur Ermittlung der regulatorischen Adressenausfallrisiken wird der Kreditrisikostandardansatz (KSA) nach §§ 24 - 54 SolvV verwendet.

Der Kreditrisikobericht stellt das Kreditportfolio der Sparkasse gemäß der Definition des § 19 Abs. 1 KWG dar. Ziel des Risikoberichts ist die umfangreiche Darstellung des Kreditportfolios hinsichtlich der enthaltenen Adressenrisiken. Die Kriterien zur Darstellung des Portfolios entsprechen den Anforderungen an das Kreditgeschäft im Rahmen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Der Bericht enthält eine umfangreiche Analyse der Limite und Auslastungen sowie eine Darstellung von Kunden- und Produktstrukturen sowie der Entwicklung des Neugeschäfts. Zur Früherkennung von Kreditrisiken wird ein System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewor-

dene Kreditnehmer identifiziert und die nachfolgende Bearbeitung mit der erforderlichen Betreuungsin-
tensität (Intensivbetreuung, Sanierung oder Abwicklung) unterstützt. Sofern im Rahmen der Früherken-
nung akute Ausfallrisiken erkennbar werden, erfolgt die Ermittlung und laufende Fortschreibung des
potentiellen Risikovorsorgebedarfs. Alle erkennbaren Adressenausfallrisiken werden durch die Bildung
von Einzelwertberichtigungen und –rückstellungen im Jahresabschluss ausreichend abgesichert. In
Anlehnung an die steuerlich zulässigen Möglichkeiten werden zudem auch Pauschalwertberichtigungen
gebildet.

Der ursprüngliche Planwert für das Adressenausfallrisiko aus dem Kundengeschäft betrug 0,2 Mio EUR.
Im unterjährigen Verlauf nahmen die zu erwartenden Risiken ab. Im Ergebnis wurde für das Geschäfts-
jahr 2013 ein Bewertungsaufwand Kreditgeschäft in Höhe von 0,1 Mio EUR festgestellt.

Das zum Jahresbeginn 2013 zugeordnete Limit für das unerwartete Adressenausfallrisiko im Kundenge-
schäft in Höhe von 8,8 Mio EUR konnte im Jahresverlauf auf 7,4 Mio EUR reduziert werden; die Auslas-
tung mit Sicht auf den 31. Dezember 2013 bewegte sich zwischen 43,9 % und 79,0 %. Im Berichtsjahr
sind keine unerwarteten Risiken schlagend geworden. Das zum Bilanzstichtag 2013 auf Sicht zum Jah-
resende 2014 zugeordnete Limit in Höhe von 8,6 Mio EUR reicht mit einer Auslastung von 75,2 % aus,
um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Sämtliche Brancheninanspruchnahmen lagen im Laufe des Geschäftsjahres innerhalb der definierten
Branchenlimite.

Es erfolgen regelmäßig Untersuchungen des Kreditportfolios auf Risikokonzentrationen. Diese bestehen
zum Jahresende 2013 hinsichtlich eines kommunalen Kreditengagements, welches den festgelegten
Schwellenwert „Anteil eines Kunden übersteigt 2 % des gesamten Kundenkreditportfolios“ übersteigt,
und bezüglich des Anteils von Grundpfandrechten am Sicherheitenportfolio, welcher mit 83,7 % den
Schwellenwert von 30 % übersteigt. Derzeit halten wir keine Maßnahmen hinsichtlich dieser Risikokon-
zentrationen für erforderlich.

Zur Steuerung der Risiken aus Größenklassenkonzentrationen setzt die Sparkasse auch derivative
Finanzinstrumente in Form von Credit Default Swaps ein und tritt dabei als Sicherungsnehmer und als
Sicherungsgeber auf. Eine Übersicht der derivativen Finanzinstrumente per Jahresende befindet sich im
Anhang zum Jahresabschluss.

Das Bonitätsänderungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung des
Kreditnehmers innerhalb der lebenden Risikoklassen ändert. Dies führt zu entsprechenden Wertverlus-
ten. Das Bonitätsänderungsrisiko wird nur in der wertorientierten Risikobetrachtung schlagend.

5.2.2 Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Kontrahentenrisiko besteht darin, dass schwebende Kassa- und/oder derivative Geschäfte nicht zum
vereinbarten Kurs abgewickelt werden können bzw. der Kontrahent seinen Verpflichtungen aus Liefere-
rung und Zahlung nicht nachkommt. Bei Kassageschäften wird von einem geringen Risiko ausgegangen.
Hingegen können bei derivativen Geschäften (z. B. Swaps) erhebliche Ansprüche gegenüber den Kontra-
henten entstehen, die bei einer hohen angenommenen Ausfallwahrscheinlichkeit zu einer wesentlichen
Risikoposition führen können. Im Rahmen des Kontrahentenrisikos werden das Wiedereindeckungsrisi-
ko und das Vorleistungsrisiko betrachtet.

Das Emittentenrisiko bezeichnet das Risiko, dass durch den vollständigen oder teilweisen Ausfall (Aus-
fallrisiko) bzw. durch Verschlechterung der Bonität innerhalb der lebenden Ratingklassen (Bonitätsän-
derungsrisiko) des Emittenten ein Wertverlust in einem Finanzgeschäft eintritt.

Für Adressenausfallrisiken aus den Eigenanlagen haben wir in Abhängigkeit vom Rating volumenbezogene Einzellimite und interne Kontingente für Emittenten- und Kontrahentenrisiken bzw. Emittentengruppen festgelegt. Hierzu werden nur Geschäfte mit bonitätsmäßig guten Emittenten und Kontrahenten zugelassen. Zum Zeitpunkt der Geschäftsaufnahme ist mindestens ein Rating im Investment-Grade erforderlich. Diese Regelungen der Überprüfung des Adressenrisikos im Rahmen des Erstvotums basiert neben der Beurteilung der risikobehafteten Emittenten auf der Anwendung von Ratings anerkannter Ratingagenturen. Der Beschluss zur Einräumung eines Emittentenlimits ist mit zwei Voten zu versehen und dem Vorstand zur Bewilligung vorzulegen. Im Rahmen der Risikofrüherkennung informiert der Bereich Abwicklung und Kontrolle den Bereich Handel und den Überwachungsvorstand über Ratingverschlechterungen. Von den Eigenanlagen in Schuldverschreibungen und Fonds mit Anlageschwerpunkt Renten verfügen zum Bilanzstichtag 2013 93,3 % über ein Rating bzw. gewichtetes Durchschnittsrating im Investment-Grade. Für Zwecke der Gesamtbank-Verlustobergrenze ermitteln und limitieren wir die Emittenten- und Kontrahentenrisiken im Risikofall anhand ihrer rating-basierten Ausfallwahrscheinlichkeiten. Neben der wöchentlichen Berichterstattung an den Vorstand über die Einhaltung der Volumengrenzen erfolgen ein umfassendes Reporting und eine weitreichende Simulation von Szenarien.

Das zum Jahresbeginn 2013 zugeordnete Limit für das Adressenausfallrisiko im Eigengeschäft in Höhe von 2,5 Mio EUR wurde zum ersten Quartalstichtag auf 4,0 Mio EUR angepasst; die Auslastung bewegte sich zwischen 71,0 % und 77,0 % und wurde im Berichtsjahr nicht überschritten. Im Jahr 2013 ergaben sich keine unerwarteten Risiken. Das zum Bilanzstichtag 2013 mit Sicht auf das Jahresende 2014 zugeordnete Limit in Höhe von 6 Mio EUR reicht mit einer Auslastung von 75,4 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

5.2.3 Adressenrisiko Beteiligungen

Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Beteiligung an Tochterunternehmen und Dritten Verluste entstehen. Die Sparkasse unterscheidet hierbei zwischen strategischen Beteiligungen, funktionsbedingten Beteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Beteiligungen werden entweder direkt durch die Sparkasse gehalten oder im Rahmen von direkten und indirekten Treuhand- bzw. Verwaltungsmodellen durch den Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) betreut.

Im Rahmen der Gesellschafterstellung und/oder der Tätigkeit in den Organen der Gesellschaften stellen der SGVHT, der Treuhänder und die Sparkasse sicher, dass eine frühzeitige Bereitstellung von Information über entstehende Risiken und zur Risikoerkennung sowie -bewertung erfolgen, auf deren Basis die Sparkasse direkt Steuerungsmaßnahmen einleiten kann. Der Risikomanagementprozess erfolgt auf Basis der Berichterstattung und ggf. einer Risikobeurteilung durch den Treuhänder oder den SGVHT.

Das zum Jahresbeginn 2013 zugeordnete Limit für das Adressenausfallrisiko Beteiligungen in Höhe von 1,0 Mio EUR wurde zum ersten Quartalstichtag auf 0,9 Mio EUR angepasst; die Auslastung bewegte sich zwischen 43,6 % und 78,4 % und wurde im Berichtsjahr nicht überschritten. Das zum Bilanzstichtag 2013 mit Sicht auf das Jahresende 2014 zugeordnete Limit in Höhe von 1,0 Mio EUR reicht mit einer Auslastung von 77,3 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Zum Jahresende 2013 bestehen nach den regelmäßigen Untersuchungen des Beteiligungsportfolios Risikokonzentrationen hinsichtlich der Beteiligung am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und unserer 100 % Tochtergesellschaft der IBV Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Nordhausen, welche den Schwellenwert von 30 % einer Beteiligung am Beteiligungsportfolio überschreiten. Diese Beteiligungen sind bewusst eingegangen worden und beinhalten keine erhöhten Risiken.

5.3 Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken im Sinne der MaRisk unterteilen sich in das Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i.e.S.), in das Refinanzierungsrisiko und in das Marktliquiditätsrisiko. Für die Sparkasse bleibt aufgrund ihres Geschäftsmodells und ihrer Refinanzierungsstruktur das Zahlungsunfähigkeitsrisiko im Vordergrund der Betrachtung. Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne bezeichnet die aktuelle oder zukünftige Gefahr, dass das Institut zahlungsunfähig (illiquide) wird, also seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann.

Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Verhinderung möglicher Liquiditätsengpässe; es erfolgt hauptsächlich über die quantitativen Anforderungen der Liquiditätsverordnung, die jeweils um weitere qualitative Anforderungen ergänzt werden.

Die Sparkasse betrachtet die Liquiditätsrisiken nach § 11 KWG (LiqV). Im Rahmen des Liquiditätsmanagements erfolgt die Erstellung einer täglichen Liquiditätsübersicht sowie die laufende Messung auf Basis der Kennzahlen gemäß der Liquiditätsverordnung durch die Gruppe Rechnungswesen innerhalb der Betriebswirtschaftlichen Abteilung. Auf Basis dieser Instrumente wird die Liquiditätsdisposition vorgenommen. Monatlich wird eine Fälligkeitsliste erstellt, die der Liquiditätsplanung dient. Es ist Vorsorge getroffen, unplanmäßige Liquiditätsabflüsse zu decken. Die hierzu erstellte Liquiditätsliste ermöglicht eine schnelle und effiziente Steuerung. Zur Überwachung und Früherkennung von Engpässen wurde ein System von Schwellenwerten beschlossen. Über vierteljährlich durchgeführte Szenarioanalysen, welche Indikatoren für mögliche Liquiditätsengpässe liefern, sind die Liquiditätsrisiken in das Stresstestprogramm der Sparkasse einbezogen.

Bei der Durchführung der Stresstests für Liquiditätsrisiken berücksichtigt die Sparkasse neben der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit auch die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit.

Die bankenaufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer nach LiqV lag zum Jahresende mit 5,1 um ein Vielfaches über dem Mindestwert von 1. Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben sind, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin. Die Reports erfolgen monatlich bzw. vierteljährlich.

5.4 Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken sind definiert als die Gefahr von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und Systemen sowie externer Ereignisse. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich. Zu seinen Aufgaben zählen die Festlegung, regelmäßige Überprüfung und Sicherstellung der notwendigen Rahmenbedingungen zum Umgang mit operationellen Risiken. Die Sparkasse hat diverse Maßnahmen ergriffen, um einen fehlerfreien und reibungslosen Geschäftsablauf sicherzustellen.

Zur Ermittlung der bankaufsichtlichen Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken wendet die Sparkasse den Basisindikatoransatz nach §§ 270 und 271 SolvV an. Als Methoden zur Quantifizierung der operationellen Risiken setzt die Sparkasse für die Ex-post-Betrachtung eine Schadensfalldatenbank sowie zur Ex-ante-Betrachtung eine Risikolandkarte ein. Das Reporting erfolgt vierteljährlich bzw. jährlich.

Das zugeordnete Limit für unerwartete operationelle Risiken betrug im gesamten Jahr 2013 1,4 Mio EUR; die Auslastung bewegte sich zwischen 38,5 % und 77,9 %. Im Berichtsjahr ergaben sich unerwartete Risiken von 0,1 Mio EUR, vor allem resultierend aus Rückstellungen für Schadensersatzansprüche von Kundenbeteiligungen. Das zum Bilanzstichtag 2013 auf Sicht zum Jahresende 2014 zugeordnete Limit in Höhe von 1,5 Mio EUR reicht mit einer Auslastung von 77,5 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Die betrieblichen Abläufe sind in Anweisungen geregelt und werden durch die interne Revision überwacht. Für die wesentlichen Bereiche der Sparkasse, insbesondere für die Bereiche Eigenhandelsgeschäfte und Informationstechnologie, liegen Notfallpläne vor. Berechtigungs-, Kontroll- und Überwachungssysteme gewährleisten den Schutz vertraulicher Informationen vor nicht berechtigten Zugriffen und Änderungen. Das Firewall-System der Finanzinformatik schützt die Sparkasse vor unberechtigten externen Zugriffen.

6 Gesamtrisikosituation

Unser Haus verfügt gemäß § 25a KWG über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der genannten Risiken. Durch das Risikomanagement und -controlling werden diese Risiken frühzeitig identifiziert, quantifiziert, analysiert und zeitnah überwacht. Die entsprechenden Informationen werden den zuständigen Entscheidungsträgern vollständig und rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Die Risikotragfähigkeit entsprechend den Risikotragfähigkeitsanalysen ist in allen relevanten Szenarien gegeben. Die Auslastung des Risikodeckungspotenzials lag während des gesamten Geschäftsjahres innerhalb der auf Gesamtbankebene festgelegten Grenzen. Eine Gefährdung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse war nicht erkennbar. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht erkennbar.

D Prognosebericht

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der Sparkasse im nächsten Jahr beziehen, stellen unsere Einschätzung der künftigen Entwicklung aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Informationen dar. Wesentliche Risiken der zukünftigen Entwicklung, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse haben, sind derzeit nicht erkennbar. Dennoch unterliegen alle Prognosen einer Unsicherheit, die zu Abweichungen der tatsächlichen Ergebnisse von den geplanten Werten führen können. Die Sparkasse verfügt jedoch über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

1 Gesamtwirtschaftliche und regionale Entwicklung

In Jahr 2014 sollte sich der Ende 2012 begonnene Aufschwung der Weltwirtschaft fortsetzen. Maßgebliche Impulse für das globale Wachstum werden von den Industrieländern ausgehen, mit den USA als Schrittmacher. Für die Schwellenländer zeichnet sich zwar eine leichte Belebung ab, jedoch ohne größere Wirkung auf das globale Wachstum. Insgesamt beschleunigt sich das Wachstum der Weltwirtschaft 2014 nach den volkswirtschaftlichen Prognosen der DekaBank auf 3,4 %, es wird sich aber 2015 voraussichtlich nicht weiter verstärken. Getragen wird das Wachstum von einer gestiegenen Zuversicht unter den Konsumenten.

Weitaus verhaltener ist die Entwicklung im Euroraum, vor allem das Finanzierungsumfeld für die Länder in der Peripherie bleibt schwierig. Zwar sind erste Schritte auf dem langen Weg aus der Krise getan, die Reformen der Krisenländer tragen langsam Früchte und die konjunkturelle Erholung fasst Tritt. Der Entschuldungsprozess im Euroraum ist jedoch noch nicht beendet und die verhaltende Kreditvergabe in den Problemländern erweist sich als Hemmnis für einen breiten Investitionsaufschwung. Die hohe Arbeitslosigkeit, eine schwache Nachfrage sowie die nach wie vor beträchtlichen Haushaltsdefizite der öffentlichen Hand stehen einem kräftigen Aufschwung entgegen. Nach einem Schrumpfen von 0,4 % ist für 2014 mit einem Wirtschaftswachstum in der Eurozone von gut 1 % zu rechnen. Zwischen den Euro-Ländern bestehen nach wie vor große Unterschiede. Immerhin hat Deutschland genug Binnenstärke, um

den Euroraum konjunkturell zu ziehen. Hier kann der Konsum – dank der günstigen Situation am Arbeitsmarkt – erneut einen entscheidenden Wachstumsbeitrag liefern. Zugleich beleben sich die Investitionen. Die Finanzierungsbedingungen für deutsche Unternehmen bleiben positiv. Mit einem erwarteten BIP-Wachstum von 1,7 % ist der deutsche Vorsprung 2014 signifikant. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch die Beschäftigung noch zulegen wird.

Trotz der enormen Liquidität sind die Inflationsrisiken gering. Das Inflationsband zwischen den einzelnen Volkswirtschaften bleibt – ähnlich wie das Wachstumstempo – aufgefächert. Die globale Inflation wird 2014 nur wenig auf etwa 3,5 % zunehmen, auch wegen des fehlenden Preisdrucks von den Rohstoffmärkten. In den USA und im Euroraum liegt der Verbraucherpreisanstieg mit 1,2 % deutlich unter der Marke von 2 %, in Deutschland beschleunigt er sich auf 1,8 %.

Thüringens Wirtschaftswachstum wird 2014 nach den Prognosen der Landesbank Hessen-Thüringen in den positiven Bereich zurückkehren. Die Industrie als Impulsgeber für wirtschaftliche Dynamik in Thüringen wird durch die Erholung in der Eurozone, die als Handelspartner für Thüringen wichtiger ist als das übrige Ausland, und der Beschleunigung der Investitionsnachfrage in Deutschland einen positiven Wachstumsbeitrag liefern. Allerdings ist die sinkende Nachfrage in Thüringen selbst ein dauerhafter Belastungsfaktor. Die Bevölkerung ist in den letzten Jahren stärker gesunken als der Durchschnitt der neuen Bundesländer, was den Konsum in den eigenen Landesgrenzen zunehmend schwächt. Die steigende Zahl der Arbeitsplätze trägt voraussichtlich auch in den nächsten Jahren zu einer stetigen Abnahme der Arbeitslosenquote bei. Im Geschäftsgebiet der Sparkasse erwarten wir ähnliche wirtschaftliche Entwicklungstendenzen wie im gesamtdeutschen und Thüringer Raum. Mit der konjunkturellen Erholung und dem investitionsfreundlichen Klima dürften sich auch regional weitere Chancen auf Unternehmensansiedelungen und Erweiterungsinvestitionen ergeben. Weiterhin ist auch in den nächsten beiden Jahren davon auszugehen, dass der Einwohnerrückgang im Landkreis Nordhausen nicht gestoppt werden kann.

2 Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten

Das moderate Wachstum bei geringen Inflationsrisiken ermöglicht es den führenden Notenbanken, an ihrer expansiven Geldpolitik festzuhalten und nur sehr vorsichtig umzusteuern. Insgesamt dürfte sich ihr Expansionsgrad jedoch verringern, was Kapitalströme von den Schwellen- in die Industrieländer umlenkt, da die Industrieländer wieder etwas mehr Rendite bieten. So wird die Fed beginnen, ihre Anleihekäufe 2014 zurückzufahren und schließlich ganz einstellen, was jedoch in 2014 nicht mit einer nahenden Zinserhöhung verbunden ist, dies wird erst 2015 der Fall sein. Im Euroraum hingegen, mit der unzureichenden Kreditversorgung in der Peripherie, wird die EZB nicht nur an der „Forward Guidance“ festhalten, sondern diese mit zusätzlichen Liquiditätsspritzen verteidigen. Nach der Senkung des Hauptrefinanzierungssatzes auf 0,25 % im November 2013 ist vorerst mit keinen weiteren Maßnahmen der EZB zu rechnen. Insbesondere dürfte sie auf die Möglichkeit eines negativen Einlagensatzes nur zurückgreifen, falls ihre Sorge vor Deflation erheblich zunimmt. Kürzeren deutschen Laufzeiten wird damit eine relativ stabile Renditeentwicklung auf niedrigem Niveau ermöglicht. Die Normalisierung an den europäischen Kapitalmärkten auch im Zuge einer wieder breiteren Streuung von Anlagekapital spricht nach den volkswirtschaftlichen Prognosen der DekaBank gegen deutsche Staatsanleihen und für weiter sinkende Risikoaufschläge in der europäischen Peripherie. Die Verzinsung 10-jähriger Staatsanleihen beläuft sich in Deutschland zum Jahresende auf 2,2 % und in den USA auf 3,2 %. Die Rentenmärkte lassen damit die extreme Niedrigzinsphase hinter sich, so dass Kursrückgänge eintreten. Geldvermögen in festverzinslichen Anlagen werden im Niedrigzinsumfeld weiterhin reale Verluste hinnehmen müssen, da Zinserträge die Inflation bei weitem nicht ausgleichen können.

Der geldpolitische Schwenk kann auch kurzzeitige Korrekturen an den Aktienmärkten mit sich bringen. Trotz hoher Schwankungsbreiten ist das fundamentale Umfeld für Aktien nach wie vor gut. Auf Sicht von einem Jahr sehen wir insbesondere in Deutschland und im Euroland ein Kurspotenzial von ca. 10 %.

Aktien profitieren von dem globalem Wachstum, steigenden Unternehmensgewinnen und der Flucht der Anleger aus der Realzinsfalle.

Sowohl im außenwirtschaftlichen Umfeld als auch in der Binnenwirtschaft bestehen nach den volkswirtschaftlichen Prognosen der Landesbank Hessen-Thüringen jedoch Risiken fort, die den grundsätzlich positiven Wirtschaftsausblick für Deutschland trüben könnten. So bleibt die Störanfälligkeit der europäischen und der globalen Wirtschaft hoch, was in der EWU insbesondere auf die drückende Verschuldung und die Strukturprobleme in den Ländern, die von der Krise besonders betroffen sind, zurückzuführen ist. Das europäische Bruttoinlandsprodukt könnte um 1 % sinken; die Euro-Peripherie unter einer Kreditklemme leiden. Die Inflationsraten bewegen sich - auch in Deutschland - in Richtung Nulllinie und Deflationsrisiken werden wieder ein Thema. Im Zuge des schwachen Wirtschaftswachstums senkt die EZB den Leitzins auf null Prozent und in Sorge um das Bankensystem und einer erneuten Eskalation der Euro-Schuldenkrise flüchten Anleger in Bundesanleihen und US-Treasuries, wodurch die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen unter die Marke von 1 % sinkt. Die EZB flutet die Kapitalmärkte mit Liquidität und beginnt mit dem Ankauf von Staatsanleihen. Umsatzrückgänge und Margendruck führen zu spürbaren Gewinneinbußen der Unternehmen. Die Verunsicherung der Anleger und deren Risikoaversion nehmen deutlich zu und lassen die Aktienmärkte einbrechen.

Chancen sehen wir in einem starken konjunkturellen Umfeld. Ausgehend von kräftigen Impulsen aus den USA sowie den Schwellenländern, entfaltet auch Europa einen typischen Aufschwung, der gleichzeitig auf breite Zuversicht unter Konsumenten, Produzenten und Anlegern trifft. Im Euroraum führt der aufgestaute Nachholbedarf in den Krisenländern z.B. bei Autokäufen und im Bau zu stärkerer Nachfrage. Deutschland kann hiervon kräftig profitieren. Die führenden Notenbanken steuern nicht rechtzeitig dagegen, so dass die Inflation steigt. In einem robusten Wachstumsumfeld mit steigenden Inflationserwartungen und gleichzeitig einem eher zögerlichen Kurswechsel der Notenbanken werden die Zinsstrukturen in den Industrieländern extrem steil. Die Risikoaufschläge in den Euro-Krisenländern sinken signifikant. Die Rendite 10-jähriger Bunds überspringt die 3 %-Marke. Aktien sind aufgrund der besseren Aussichten für die Unternehmensgewinne stark gefragt, während Renten deutlich verlieren.

3 Entwicklung der Kreissparkasse Nordhausen

Im Hinblick auf die konjunkturellen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen sehen wir die Sparkasse auf der Basis unseres Geschäftsmodells und der strategischen Zielstellung gut aufgestellt. Für das Geschäftsjahr 2014 gehen wir aufgrund der Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung unserer strategischen Ausrichtung von einer Steigerung der Bilanzsumme aus.

Wir sehen eine weiterhin stabile Entwicklung des Kundengeschäftes, die von dem hohen Vertrauen der Menschen in die Sparkassen angesichts der Finanzmarktkrise und einer festen Verankerung im mittelständischen Firmenkundengeschäft profitiert.

Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Prognosen erwarten wir eine anziehende Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die vor allem durch die Nachfrage nach Kreditmitteln für Ausrüstungs- und Erweiterungsinvestitionen getragen wird. Wir gehen davon aus, dass die hohen Tilgungsleistungen kompensiert werden können und der Bestand an Firmenkrediten leicht ansteigt. Sollte die Konjunktur stärker als erwartet anziehen, ergeben sich Chancen, den Bestand auszubauen. Demgegenüber dürfte bei einem Aufflammen der Staatsschuldenkrise die Investitionsneigung aufgrund der herrschenden Verunsicherung zurückgehen, was zu sinkenden Kreditzusagen und rückläufigen Beständen führen könnte. Weiterhin sehen wir die Gefahr der zunehmenden Wettbewerbsverzerrung im Zinskonditionenbereich durch staatliche bzw. bundeslandeigene Kreditinstitute. Bei den privaten Wohnungsbaufinanzierungen rechnen wir wiederholt mit einem ansteigenden Kreditbestand. Chancen sehen wir durch eine weitere Belebung der regionalen Neubautätigkeiten als auch durch frühzeitige und aktive Akquirierung von Fremdfinanzierungen mittels Forwardvereinbarungen sowie in verstärkten Aktivitäten in Bezug auf Investitions- und Modernisierungsmaßnahmen, hier speziell zu den Themen erneuerbare Energien und energetische

Gebäudesanierung. Ansteigende Zinsen oder steigende Arbeitslosigkeit könnten die Wohnungsbau nachfragen dämpfen, was zu einem leichten Bestandsrückgang führen würde. Im Segment der Konsumentendarlehen erwarten wir weiterhin leichte Zuwächse, die bei starkem Rückgang der Arbeitslosigkeit und hohen Einkommenszuwächsen stärker ausfallen dürften als bei einer Rückkehr der Verunsicherung über die zukünftige europäische Entwicklung und Arbeitsplatzverlustängsten. Eine risikobewusste Kreditpolitik bildet dabei auch in den kommenden Jahren die Basis für die Verwendung unserer bilanziellen Mittel.

Den Bestand an Eigenanlagen wollen wir, bedingt durch einen stark rückläufigen Bestand an Schuldverschreibungen, stark abbauen. Aufgrund der geringen Renditen bei sicheren Bonitäten sollen fällige Schuldverschreibungen nur zurückhaltend reinvestiert werden und ein leichter Ausbau der Aktien- und Fondspositionen erfolgen. Sollte die Schuldenkrise gepaart mit konjunkturellen Unsicherheiten wieder stärker in den Fokus rücken, würde neben dem Bestand an Schuldverschreibungen auch der Fonds- und Aktienbestand reduziert werden. Selbst eine konjunkturelle Belebung, die weitere Beruhigung der Märkte und ein Anziehen der Renditen könnten insgesamt einen Positionsabbau bei den Eigenanlagen zur Folge haben, wobei der Bestand an Schuldverschreibungen stark zugunsten eines hohen Positionsaufbaus bei den Fonds und Aktien abgebaut würde.

Die bilanzielle Ersparnisbildung der Kunden dürfte aufgrund der Wettbewerbssituation und des anhaltenden Zinsniveaus, mit der Folge verstärkter Nachfragen nach außerbilanziellen Anlagen, nicht am erreichten Wachstum 2013 anknüpfen. Im Jahr 2014 erwarten wir einen leicht höheren Bestand an bilanziellen Einlagen. Wir sehen die Gefahr, dass sich Kreditinstitute mit hohen Risikoprämien am Interbankenmarkt über das Kundengeschäft günstiger, jedoch mit über dem allgemeinen Marktniveau liegenden Kundenkonditionen, refinanzieren. Weiterhin könnten die außerbilanziellen Anlageformen bei dem anhaltenden Niedrigzinsniveau noch stärker nachgefragt werden bzw. die Kundeneinlagen vor dem Hintergrund einer negativen Realverzinsung stark abnehmen. Durch eine weitere attraktive Produktgestaltung und eine hohe Beratungsqualität wirken wir hier entgegen. Zurückkehrendes Vertrauen der Anleger und ein Anstieg der kurz- und mittelfristigen Zinssätze sollte demgegenüber zu einer weiteren Belebung der bilanziellen Anlageformen beitragen.

Der Zinsüberschuss als bedeutendste Ertragsquelle wird in 2014 aufgrund der in den letzten Jahren vorgenommenen vorzeitigen Auflösung (Close-out) von Zinsswaps, die den Zinsaufwand verringern, sowie durch den Ausbau der Kredit- und Kundeneinlagenbestände ansteigen. Lediglich geringe Risiken sehen wir in der anhaltenden, sich nachhaltig auf den Zinsertrag der Eigenanlagen auswirkenden Niedrigzinsphase sowie durch die Belastung des nicht adäquat sinkenden Zinsaufwandes durch die Verteuerung der Kundeneinlagen aufgrund der Wettbewerbssituation. Diese Risiken können wir durch auslaufende Swapgeschäfte und eine angepasste Ausschüttungspolitik bei den Eigenanlagen nahezu kompensieren. Hinsichtlich der Risiken verweisen wir zudem auf die Anmerkungen im Risikobericht. Bei einem stärkeren Zinsanstieg bestehen Chancen zur Generierung steigender Zinserträge aus den Eigenanlagen; zudem erhöht sich der Zinsüberschuss bei einem wachsenden Kredit- und Kundeneinlagengeschäft. Risiken würden sich durch stark sinkende Kredit- und Einlagenbestände - aufgrund großer Verunsicherungen durch eine neuerliche Staatsschuldenkrise - und dem daraus resultierenden Rückgang des Zinsüberschusses ergeben.

Vor dem Hintergrund der geringen Markttrenditen bei festverzinslichen Anlagen erstklassiger Bonitäten rechnen wir im Wertpapiergeschäft mit der DekaBank Deutsche Girozentrale und der S-Broker AG & Co. KG mit einem leichten Anstieg der Umsätze und der Depotbestände, die bei wesentlicher Verbesserung der konjunkturellen Rahmenbedingungen stärker ansteigen könnten. Gleichwohl bedeutet eine zurückkehrende Verunsicherung an den Börsen, dass sinkende Kurse im Kundengeschäft zu geringeren Transaktionsumsätzen und niedrigeren Depotvolumen führen können. Im Verbund- und Vermittlungsgeschäft wollen wir die Erträge in den nächsten Jahren erheblich ausbauen. Die betriebliche und private Altersvorsorge bildet weiterhin einen Schwerpunkt unserer Beratungstätigkeit in den nächsten Jahren. Ein wichtiges Ertragsfeld sind die Erträge aus dem Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsbereich; hier erwarten wir trotz der rückläufigen Einwohnersituation und der derzeitigen Wettbewerbssituation, der wir

durch differenzierte Preisangebote entgegen treten, nahezu gleichbleibende Ergebnisse. Sollte der Einwohnerrückgang und die Wettbewerbssituation ansteigen, könnten diese zu leichten Rückgängen führen; die Marktentwicklungen werden beobachtet. Zunehmen könnten die Erträge bei einem Anstieg der Einwohnerzahlen sowie beim Wegfall von Marktteilnehmern.

Die Forderungen an Kreditinstitute sollen aufgrund der starken Reduzierung des Eigenanlagenbestandes erheblich ausgebaut werden. Weiterhin stark rückläufig dürften sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entwickeln.

Da der Personalbestand nach unserer Erwartung in 2014 voraussichtlich keinen großen Änderungen unterworfen sein wird, rechnen wir aufgrund von Tarifabschlüssen und anderen tarifbedingten Gehaltssteigerungen mit deutlich steigenden Personalaufwendungen. Diesen wollen wir mit einem ausgewogenen und vorausschauenden Personalmanagement sowie durch maßvolle Effizienzhebungen gegenüber treten. Bei den Sachaufwendungen erwarten wir steigende Aufwendungen im nächsten Jahr. Gleichwohl planen wir auch künftig Investitionen in technische Lösungen und in die verschiedenen Vertriebskanäle als Voraussetzung für den Ausbau unserer Marktanteile. Tarifsteigerungen über 2,6 % und erhöhte Preissteigerungsraten würden die Aufwandspositionen noch stärker steigen lassen; selbst bei deflationären Erscheinungen sehen wir leicht steigende Aufwendungen. Durch ein konsequentes Kostenmanagement und Effizienzsteigerungen in den Geschäftsprozessen sehen wir langfristig das Potenzial zu Kostensenkungen.

Auf Basis der genannten Entwicklungen erwarten wir für 2014, vor allem bedingt durch die Entwicklung des Zinsüberschusses, ein Betriebsergebnis vor Bewertung auf Vorjahresniveau.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der Konjunkturentwicklung auch durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Wir rechnen gegenwärtig mit einem leicht positiven Bewertungsergebnis aus dem Kundenkreditgeschäft. Bedingt durch die Entwicklung an den Zinsmärkten sehen wir im nächsten Jahr einen nicht unerheblichen Abschreibungsbedarf auf den Wertpapierbestand, welcher jedoch geringer als im Jahr 2013 ausfallen dürfte. Die Bewertungsmaßnahmen insgesamt dürften deshalb gegenüber dem Berichtsjahr geringer ausfallen. Risiken sehen wir bei einer negativen Konjunkturentwicklung. Durch eine verschlechterte Auftragslage nehmen die Unternehmensinsolvenzen zu, was einen erheblichen Anstieg des Bewertungsbedarfs im Kreditgeschäft zur Folge hätte. Bei eingetrübten Zukunftserwartungen und Bonitätsverschlechterungen ist durch rückläufige Aktienmärkte und sinkende Anleihekurse zudem mit einem noch höheren Abschreibungsbedarf bei den Eigenanlagen zu rechnen. Gegebenenfalls müssen die Auswirkungen durch die Auflösung von Reserven abgemildert werden. Hinsichtlich weiterer Risiken verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht. Erfahrungsgemäß ergeben sich bei der Prognose der Bewertungsergebnisse größere Abweichungen, da die Parameter zur Ermittlung von Prognose- bzw. Planwerten auf statistischen Durchschnittszahlen basieren. Bei überdurchschnittlich positiver Entwicklung der konjunkturellen Rahmenbedingungen rechnen wir im Kundenkreditgeschäft mit einem nahezu ausgeglichenen Bewertungsergebnis. Bedingt durch die daraus resultierende Entwicklung an den Zinsmärkten ergibt sich trotz sinkender Bonitätsspreads aus dem ansteigenden Renditeniveau dennoch ein Abschreibungsbedarf im Wertpapierbestand. Insgesamt wäre eine steigende Zuführung zu den Rücklagen für die langfristige Unternehmenssicherung möglich.

Für das Jahr 2014 rechnen wir, unter Berücksichtigung entsprechender Zuführungen zu den ergänzenden Eigenkapitalbestandteilen, mit einem Jahresergebnis auf Vorjahresniveau. Das haftende Eigenkapital wird sich weiter positiv entwickeln. Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung wird sichergestellt, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist.

Unter den im Lagebericht dargestellten Einschätzungen des nächsten Jahres erwarten wir zufriedenstellende Geschäftsergebnisse, die durch Zuführung zu den Rücklagen die langfristige Unternehmenssicherung unterstützen.

--- --

Bericht des Verwaltungsrates

Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat regelmäßig über die Gesamtlage und Entwicklung der Sparkasse im Jahre 2013. Der Verwaltungsrat hat die ihm nach dem Sparkassenrecht obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen in Frankfurt / Main- Erfurt prüfte den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 und erteilte uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht gebilligt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 festgestellt und in Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Vorstandes beschlossen, den Bilanzgewinn in Höhe von 1.503.956,10 EUR der Sicherheitsrücklage zuzuführen und 594.000,59 EUR an den Träger auszuschütten.

Nordhausen, im Juli 2014

Die Vorsitzende des Verwaltungsrates

Birgit Keller
Landrätin



Jahresabschluss

**zum 31. Dezember 2013
der Kreissparkasse Nordhausen**

Aktivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

	EUR	EUR	EUR	31.12.2012 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		11.504.128,11		10.473
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		9.579.362,39		7.250
			21.083.490,50	17.723
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		15.808.581,64		13.135
b) andere Forderungen		2.082.292,64		12.199
			17.890.874,28	25.334
4. Forderungen an Kunden			505.846.960,24	481.364
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	235.889.187,57	EUR		(225.271)
Kommunalkredite	37.788.524,09	EUR		(36.433)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00	EUR		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00	EUR		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
		0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	105.399.850,17	EUR		103.578
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	105.399.850,17	EUR		(103.578)
bb) von anderen Emittenten	160.282.280,86	EUR		160.589
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	157.057.529,54	EUR		(158.166)
		265.682.131,03		264.167
c) eigene Schuldverschreibungen		423.850,09		1.793
Nennbetrag	428.000,00	EUR		(1.778)
			266.105.981,12	265.959
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			167.646.915,79	153.044
6.a Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			10.605.136,64	10.767
darunter:				
an Kreditinstituten	80.683,00	EUR		(81)
an Finanzdienstleistungsinstituten	337.012,65	EUR		(337)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			5.825.564,59	5.826
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			1.400.000,00	1.910
darunter:				
Treuhandkredite	1.400.000,00	EUR		(1.910)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		66.843,00		106
c) Geschäfts- oder Firmenwerte		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			66.843,00	106
12. Sachanlagen			22.070.339,44	23.723
13. Sonstige Vermögensgegenstände			2.624.763,90	3.056
14. Rechnungsabgrenzungsposten			23.561,00	57
Summe der Aktiva			1.021.190.430,50	988.870

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2012 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		836.041,93		860
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>72.534.258,31</u>		<u>70.471</u>
			<u>73.370.300,24</u>	<u>71.331</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	329.974.919,33			312.627
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>5.417.148,60</u>			<u>4.809</u>
		<u>335.392.067,93</u>		<u>317.436</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	<u>484.711.587,69</u>			<u>464.108</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>23.736.379,15</u>			<u>29.796</u>
		<u>508.447.966,84</u>		<u>493.904</u>
			<u>843.840.034,77</u>	<u>811.339</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>5.525.848,90</u>		<u>10.856</u>
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00 EUR</u>			<u>(0)</u>
			<u>5.525.848,90</u>	<u>10.856</u>
3a. Handelsbestand			<u>0,00</u>	<u>0</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten			<u>1.400.000,00</u>	<u>1.910</u>
darunter: Treuhandkredite	1.400.000,00 EUR			(1.910)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			<u>632.551,85</u>	<u>833</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>336.362,70</u>	<u>441</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>7.191.478,00</u>		<u>6.950</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) andere Rückstellungen		<u>4.278.978,25</u>		<u>4.099</u>
			<u>11.470.456,25</u>	<u>11.049</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>0,00</u>	<u>0</u>
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			<u>0,00</u>	<u>0</u>
10. Genusssrechtskapital			<u>0,00</u>	<u>0</u>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>19.100.000,00</u>	<u>17.100</u>
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	<u>63.416.919,10</u>			<u>61.954</u>
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		<u>63.416.919,10</u>		<u>61.954</u>
d) Bilanzgewinn		<u>2.097.956,69</u>		<u>2.057</u>
			<u>65.514.875,79</u>	<u>64.011</u>
Summe der Passiva			<u>1.021.190.430,50</u>	<u>988.870</u>
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>13.522.974,78</u>		<u>19.147</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			<u>13.522.974,78</u>	<u>19.147</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>23.134.266,27</u>		<u>30.817</u>
			<u>23.134.266,27</u>	<u>30.817</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2012 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>23.516.828,76</u>			<u>25.409</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>6.257.933,85</u>			<u>6.776</u>
		<u>29.774.762,61</u>		<u>32.185</u>
2. Zinsaufwendungen		<u>11.037.484,28</u>		<u>14.229</u>
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>572.474,87</u> EUR			<u>(430)</u>
			<u>18.737.278,33</u>	<u>17.957</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>3.186.723,29</u>		<u>2.970</u>
b) Beteiligungen		<u>425.875,86</u>		<u>344</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			<u>3.612.599,15</u>	<u>3.313</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			<u>0,00</u>	<u>0</u>
5. Provisionserträge		<u>7.081.700,81</u>		<u>7.145</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>248.106,08</u>		<u>265</u>
			<u>6.833.594,73</u>	<u>6.881</u>
7. Nettoertrag/Nettoaufwand des Handelsbestands			<u>0,00</u>	<u>0</u>
8. Sonstige betriebliche Erträge			<u>2.101.116,98</u>	<u>2.307</u>
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>0,00</u>	<u>0</u>
			<u>31.284.589,19</u>	<u>30.458</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>9.656.013,79</u>			<u>9.329</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Alters- versorgung	<u>2.057.915,05</u>			<u>2.091</u>
	<u>297.587,95</u> EUR			<u>(393)</u>
		<u>11.713.928,84</u>		<u>11.420</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>6.241.854,57</u>		<u>5.415</u>
			<u>17.955.783,41</u>	<u>16.835</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>1.859.614,66</u>	<u>1.865</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>1.906.180,92</u>	<u>1.819</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>2.432.354,94</u>		<u>4.579</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			<u>2.432.354,94</u>	<u>4.579</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		<u>323.298,29</u>		<u>310</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			<u>323.298,29</u>	<u>310</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>0,00</u>	<u>0</u>
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>2.000.000,00</u>	<u>0</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>4.807.356,97</u>	<u>5.049</u>
20. Außerordentliche Erträge		<u>0,00</u>		<u>0</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			<u>0,00</u>	<u>0</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>2.653.854,94</u>		<u>2.946</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>55.545,34</u>		<u>46</u>
			<u>2.709.400,28</u>	<u>2.992</u>
25. Jahresüberschuss			<u>2.097.956,69</u>	<u>2.057</u>
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			<u>0,00</u>	<u>0</u>
			<u>2.097.956,69</u>	<u>2.057</u>
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			<u>0,00</u>	<u>0</u>
			<u>2.097.956,69</u>	<u>2.057</u>
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) in andere Rücklagen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			<u>0,00</u>	<u>0</u>
29. Bilanzgewinn			<u>2.097.956,69</u>	<u>2.057</u>



Anhang

**zum 31. Dezember 2013
der Kreissparkasse Nordhausen**

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss der Kreissparkasse Nordhausen zum 31. Dezember 2013 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag als Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig aufgelöst wird. Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Den latenten Ausfallrisiken wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten bestehenden besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, Reserven i. S. v. § 26a KWG a. F. und der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Strukturierte Finanzinstrumente werden entsprechend den Vorgaben der Stellungnahme zur Rechnungslegung des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW RS HFA 22) grundsätzlich einheitlich bilanziert. Eine getrennte Bilanzierung der einzelnen Komponenten wird dann vorgenommen, wenn das eingebettete Derivat im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzlich andersartige Risiken oder Chancen aufweist und eine einheitliche Bilanzierung zu einer unzutreffenden Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen würde.

Der Buchwert der **strukturierten Schuldscheindarlehen** beläuft sich auf 2 Mio EUR und entspricht dem Nominalbetrag. Der Zeitwert dieser strukturierten Schuldscheindarlehen beträgt 2 Mio EUR.

Den **Wertpapierbestand** unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagevermögen, Liquiditätsreserve und Handelsbestand.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens und der Liquiditätsreserve** werden zu den Anschaffungskosten beziehungsweise niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert (strenges Niederstwertprinzip).

Im gesamten Jahr 2013 waren dem **Handelsbestand** keine Wertpapiere oder Finanzinstrumente zugeordnet. Unsere strategische Ausrichtung beinhaltet aktuell keine Handelsabsicht mehr. Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht geändert.

Für die **Ermittlung des beizulegenden Werts** haben wir die Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein **aktiver Markt** vorliegt. Dabei haben wir auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag in unsere Beurteilung einbezogen. Da nach unserer Einschätzung für die von uns gehaltenen Wertpapiere aktive Märkte vorliegen, haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise zur Bewertung herangezogen. Die angesetzten Kurse haben wir stichprobenweise anhand mindestens einer zweiten Kursquelle plausibilisiert.

Anteile an Investmentfonds bewerten wir grundsätzlich zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft veröffentlichten investimentrechtlichen Rücknahmepreis oder zum Börsenkurs, sofern ein aktiver Markt vorliegt.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind mit den Anschaffungskosten bzw. den fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Anlagewerte** und die **Sachanlagen** bewerten wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Bei nachträglichen Herstellungskosten für den eigen- und fremdgewerblich genutzten Teil des Hauptstellengebäudes werden die in Vorjahren gemäß § 7 Abs. 4 Satz 2 EStG i. V. m. dem BFH-Urteil vom 25. November 1970, IR 165/67, BStBl 1971 II S. 142 festgelegten Abschreibungssätze entsprechend Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden aus Vereinfachungsgründen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen im Jahr der Anschaffung sofort als Aufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden **Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB** vorgenommen. Dies gilt auch für unter den **Sonstigen Vermögensgegenständen** ausgewiesene, zur Rettung von Forderungen erworbene Grundstücke und Gebäude.

Aufgrund **steuerrechtlicher Abschreibungen** auf das Sachanlagevermögen in früheren Geschäftsjahren, die gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwands liegt der ausgewiesene Jahresüberschuss um etwa 13 % über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre. Aus der Fortführung des Ansatzes steuerlicher Werte aus früheren Geschäftsjahren sind zukünftige Belastungen in Form von Steuerzahlungen zu erwarten. Die Belastungen verteilen sich über eine Reihe von Jahren und beeinflussen die künftigen Jahresergebnisse nur unwesentlich.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag beziehungsweise Nominalbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** haben wir alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste ausreichend berücksichtigt. Soweit erforderlich haben wir künftige Preis- und Kostensteigerungen sowie bei Abzinsung der Rückstellungen die Zinssätze entsprechend den Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung berücksichtigt. Rückstellungen mit einer ursprünglichen Laufzeit von genau einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von genau einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Bei der Ermittlung der im Zusammenhang mit der Rückstellungsbewertung entstehenden Aufwendungen und Erträge wird davon ausgegangen, dass die Änderung des Abzinsungssatzes zum Beginn der Periode eingetreten ist. Für Veränderungen des Verpflichtungsumfanges wird die Annahme getroffen, dass diese zum Periodenende eingetreten sind. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes oder der Restlaufzeit sind einheitlich im Aufzinsungsaufwand enthalten und werden demzufolge in dem GuV-Posten 2 ausgewiesen.

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuch) haben wir einen barwertorientierten Rückstellungstest durchgeführt und hierbei die IDW-Stellungnahme RS BFA 3 berücksichtigt. Im ersten Schritt haben wir den Überschuss des Barwerts des Bankbuchs über den Buchwert des Bankbuchs ermittelt. Vom Ergebnis dieser Ermittlung haben wir die Verwaltungsaufwendungen und Risikokosten abgezogen, die bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands des Bankbuchs erwartet werden. Nach unseren Ermittlungen hat sich kein Verpflichtungsüberschuss ergeben.

Den **Aufwand für die Aufzinsung der Rückstellungen**, die nicht im Zusammenhang mit dem Bankgeschäft stehen (562 TEUR), haben wir im Zinsergebnis ausgewiesen.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

FRISTENGLIEDERUNG*

	Restlaufzeiten				Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	Beträge, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
TEUR						
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute b) andere Forderungen (ohne Bauspargut- haben)	----	2.000	----	----	----	----
4. Forderungen an Kunden	12.476	39.908	167.193	241.506	43.685	----
5. Schuldverschreibungen und andere festverzins- liche Wertpapiere	----	----	----	----	----	66.581
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6.481	3.700	29.748	31.952	----	----
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden a) Spareinlagen ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	113	4.903	351	50	----	----
b) andere Verbindlich- keiten bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.499	2.527	8.133	1.576	----	----
3. Verbriefte Verbind- lichkeiten a) begebene Schuld- verschreibungen	----	----	----	----	----	2.984

* Von dem Wahlrecht des § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

**BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN SOWIE UNTERNEHMEN,
MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT**

In den folgenden Posten sind Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene(n) Unternehmen sowie an/gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

Bilanzposten	Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundene(n) Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
	TEUR			
Aktivposten				
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	138	115
Forderungen an Kunden	924	998	18.384	19.097
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	884	784	31	20

FORDERUNGEN AN DIE BZW. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER DER EIGENEN GIROZENTRALE

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2013	31.12.2012
	TEUR	
Forderungen an Kreditinstitute	15.489	12.852
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	56.498	54.304
Treuhandverbindlichkeiten	1.400	1.910

BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE

	insgesamt	davon		darunter: nicht mit dem Niederstwert bewertet
		börsen- notiert	nicht börsen- notiert	
	TEUR			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	266.106	263.282	2.824	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	162.710	15.762	146.948	-

ANTEILSBESITZ

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen und den Beteiligungen werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

a) Verbundene Unternehmen

Name, Sitz	Kapital- anteil	Eigenkapital	Ergebnis
	%	TEUR	
IBV Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Nordhausen GmbH; Nordhausen, Kornmarkt 9	100	39	1
Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG; Nordhausen, Kornmarkt 9	100	1.374	219

Nach den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2013 betragen bei der IBV Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Nordhausen GmbH die Bilanzsumme 42 TEUR bzw. die Umsatzerlöse 11 TEUR und der Jahresüberschuss 1 TEUR sowie bei der Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG die Bilanzsumme 2.559 TEUR, die Umsatzerlöse 572 TEUR und der Jahresüberschuss 219 TEUR. Eine Einbeziehung der Tochterunternehmen in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die verbundenen Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, so dass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines **Konzernabschlusses** unterbleiben konnte.

b) Sonstiger Anteilsbesitz von 20 % oder mehr

Name, Sitz	Kapital- anteil	Eigenkapital	Ergebnis
	%	TEUR	
Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapital-einlagenverwaltungsgesellschaft mbH; Battenberg	25	24	1

Bei dem ausgewiesenen Jahresergebnis handelt es sich um das Ergebnis des Jahres 2013. Das Stammkapital der Sparkasse bei dieser Gesellschaft ist Ende 2013 zur Hälfte eingezahlt.

TREUHANDGESCHÄFTE

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe Forderungen an Kunden. Die Treuhandverbindlichkeiten entfallen in voller Höhe auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

a) Finanzanlagen

	Veränderungen des Geschäftsjahrs	Buchwert	
		31.12.2013	31.12.2012
	TEUR		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-7.268	44.476	51.744
Beteiligungen	-162	10.605	10.767
Anteile an verbundenen Unterneh- men	-	5.826	5.826

Von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

b) Sachanlagen, Immaterielle Anlagewerte und Sonstige Vermögensgegenstände

	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Immaterielle Anlagewerte	Sonstige Vermögens- gegenstände
	TEUR			
Anschaffungskosten am 1.1.2013	45.223	12.481	452	1.740
Zugänge	237	383	14	-
Abgänge	515	290	2	-
aufgelaufene Abschreibungen	25.963	9.485	397	956
darunter: Abschreibungen des Geschäftsjahrs	1.196	610	53	516
Buchwert am 31.12.2013	18.982	3.089	67	784
Buchwert am 31.12.2012	20.407	3.316	106	1.300

Die Grundstücke und Bauten entfallen mit Buchwerten von 7,7 Mio EUR auf von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke.

ANGABEN ZU ANTEILEN AN INVESTMENTVERMÖGEN

Zu Anteilen an Sondervermögen i. S. d. § 1 Abs. 10 KAGB, an denen die Sparkasse am 31. Dezember 2013 mehr als 10 % der Anteile hält, machen wir gemäß § 285 Nr. 26 HGB die folgenden Angaben:

Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttungen im Geschäftsjahr
			TEUR
Wertpapier-Spezialfonds mit Anlagenschwerpunkt Renten A-Nordhausen 2-Fonds	83.250	+5.919	762

Das dargestellte Investmentvermögen unterliegt zum Bilanzstichtag keiner Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2013	31.12.2012
	TEUR	
Aktivseite		
Agio aus Forderungen	8	23
Disagio aus Verbindlichkeiten	7	20
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	160	439
Agio aus Verbindlichkeiten	0	2

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND VERBINDLICHKEITEN IN FREMDWÄHRUNG

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände (Sorten) im Gesamtbetrag von 82 TEUR.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen für Pensionen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005G und ein durchschnittlicher Marktzinssatz von 4,89 % p. a. bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Hierbei haben wir die von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelten Zinssätze verwendet. Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen wurden mit 2,0 % p. a. berücksichtigt, erwartete Rentensteigerungen mit 1,5 % p. a.

ANGABEN ZUR VERRECHNUNG GEMÄß § 246 ABS. 2 HGB

Vermögensgegenstände und Schulden wurden nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in folgendem Umfang miteinander verrechnet:

Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	beizulegender Zeitwert zum 31.12.2013 der verrechneten Vermögensgegenstände	Erfüllungsbetrag der Schulden	verrechnete Aufwendungen und Erträge
TEUR			
157	193	193	29

Bei den verrechneten Vermögensgegenständen handelt es sich in Höhe von 188 TEUR um Wertpapiere und in Höhe von 5 TEUR um Ansprüche aus einer Rückdeckungsversicherung, die - sofern eine Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfolgen würde - im Bilanzposten Aktiva 6 bzw. 13 auszuweisen wären.

Bei den verrechneten Schulden handelt es sich in Höhe von 193 TEUR um Rückstellungen für Pensionszusagen, die - sofern eine Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfolgen würde - im Bilanzposten Passiva 7a auszuweisen wären.

Nach unserer Einschätzung liegt ein aktiver Markt für die ausgewiesenen Vermögensgegenstände vor, insofern basieren die beizulegenden Zeitwerte auf Börsen- oder sonstigen Marktpreisen.

EIGENKAPITAL

Der Unterschiedsbetrag zwischen der zum 31. Dezember 2013 ausgewiesenen Sicherheitsrücklage von 63.417 TEUR und dem Vorjahresbetrag von 61.954 TEUR zuzüglich Bilanzgewinn von 2.057 TEUR steht im Zusammenhang mit einer Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2012 an den Landkreis Nordhausen als Träger der Sparkasse in Höhe von 594 TEUR.

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Ausschließlich für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Weiterleitungsmitteln wurden Forderungen mit Buchwerten von 48.132 TEUR als Sicherheit übertragen.

Für Refinanzierungszwecke sind zum 31. Dezember 2013 Wertpapiere mit Buchwerten von 4,5 Mio EUR an die Deutsche Bundesbank verpfändet. Zum Bilanzstichtag 2013 bestanden keine entsprechenden Verbindlichkeiten.

Als Sicherheit für eigene Geschäfte und Kundengeschäfte an der EUREX wurde eine Anleihe mit einem Buchwert von 5 Mio EUR hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestanden keine derart besicherten Verbindlichkeiten.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTRICH

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN

In den Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sowie „Andere Verpflichtungen“ sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

ZINSAUFWENDUNGEN

In den Zinsaufwendungen sind geleistete Ausgleichszahlungen von 540 TEUR (Vorjahr: 1.979 TEUR) für vorzeitige Auflösungen von Zinsswaps enthalten. Der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre wird hierdurch entlastet.

PROVISIONSERTRÄGE

Die Provisionserträge resultieren im Wesentlichen aus dem Giroverkehr sowie aus der Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (im Wesentlichen Versicherungen, Bausparverträgen, Immobilien und Wertpapiergeschäft).

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus Grundstückserträgen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile) in Höhe von 1.500 TEUR.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus Aufwendungen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile) in Höhe von 572 TEUR sowie der Abschreibung auf sonstige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens - Illustra Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG - in Höhe von 516 TEUR und Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 520 TEUR.

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Der ausgewiesene Steueraufwand entfällt ausschließlich auf das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit.

E. SONSTIGE ANGABEN

ANGABE ZU TERMINGESCHÄFTEN GEMÄß § 36 RECHKREDV

	Nominalbeträge der Termingeschäfte in TEUR			
	nach Restlaufzeiten			insgesamt
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
Zinsrisiken				
Zinsswaps	-	25.000	21.000	46.000
insgesamt	-	25.000	21.000	46.000
darunter Handelsgeschäfte	-	-	-	-
darunter Deckungsgeschäfte	-	-	-	-
Kreditderivate				
Credit Default Swaps				
- Sicherungsnehmer	-	2.000	-	2.000
- Sicherungsgeber	2.000	2.258	-	4.258
insgesamt	2.000	4.258	-	6.258
darunter Handelsgeschäfte	-	-	-	-
darunter Deckungsgeschäfte	-	-	-	-

Die Angabe der Kreditderivate erfolgt aus Transparenzgründen, obwohl diese nicht explizit vom Wortlaut des § 36 RechKredV erfasst werden.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE, DIE NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERT WURDEN

Die Volumina und die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Geschäfte stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegender Zeitwert zum 31.12.2013	
	31.12.2013	31.12.2012	positiv	negativ
	TEUR			
Zinsrisiken				
Zinsswaps	46.000	82.000	-	2.904
Adressenrisiken				
Credit Default Swaps	6.258	10.349	7	34
Insgesamt	52.258	92.349	7	2.938

Die angegebenen Zinsderivate bestehen ausschließlich zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos. Die Bewertung dieser Geschäfte erfolgt ausschließlich im Rahmen der verlustfreien Bewertung

des Zinsbuchs; wir verweisen auf die Ausführungen in Abschnitt „A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

Die Ermittlung des beizulegenden Wertes der Zinsswaps haben wir mittels Barwertmodell mit Hilfe der Anwendung SimCorp Dimension durchgeführt und dabei die erwarteten zukünftigen Cashflows sowie Zinssätze, die sich nach der aktuellen Zinsstrukturkurve richten, als Bewertungsparameter verwendet.

Die beizulegenden Zeitwerte der Credit Default Swaps haben wir mit Hilfe eines anerkannten Bewertungsmodells (BayernLB-Tool) ermittelt, dem als wesentliche Parameter die Ratings der Kreditnehmer zugrunde liegen. Für die Credit Default Swaps wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 39 TEUR unter dem Passivposten 7 (Rückstellungen) ausgewiesen.

NICHT AUS DER BILANZ ERSICHTLICHE SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Sparkasse ist beschränkt haftende Gesellschafterin der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach. Die Haftung ist auf die im Handelsregister eingetragene Haftsumme begrenzt.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanz-gruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Zur Fortentwicklung des Sicherungssystems der deutschen Sparkassenorganisation erfolgten zum 1. Januar 2006 die Einführung eines Risikomonitoringsystems zur Früherkennung von Risiken sowie die Umstellung auf eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der Sicherungsreserve der Sparkassenorganisation (Barmittel und Nachschusspflichten).

Als zusätzliche neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitgliedssparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage (Gesamtrisikoposition, nach der sich das bankaufsichtsrechtlich erforderliche Eigenkapital errechnet) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

Die Sparkasse ist Mitglied bei der für sie zuständigen Zusatzversorgungskasse (ZVK), deren Umlagesatz nach einem Abschnittsdeckungsverfahren berechnet wird. Träger der ZVK ist der Kommunale Versorgungsverband Thüringen in Artern, der das Kassenvermögen der ZVK als Sondervermögen getrennt vom eigenen Vermögen verwaltet. Anspruchsberechtigt gegen diese Kasse sind grundsätzlich alle aufgrund der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sparkasse sowie diejenigen Mitarbeiter, für die eine Teilnahme an der Zusatzversorgung vereinbart wurde. Es wird eine zusätzliche Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeits- sowie eine Alters- und Hinterbliebenenversorgung gewährt. Die Höhe der Versorgungszusage beruht auf dem Betriebsrentensystem in Form des Punktemodells; sie ist insbesondere abhängig von der Dauer der Beschäftigung im öffentlichen Dienst und dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt des Arbeitnehmers. Ein Anspruch auf die Betriebsrente besteht nach einer Mindestzugehörigkeit zum öffentlichen Dienst von fünf Jahren. Der Umlagesatz betrug im Jahr 2013 1,1 % der umlagepflichtigen Gehälter von 9,2 Mio EUR und wurde vollständig von der

Sparkasse als Arbeitgeber getragen; er enthält kein Sanierungsgeld. Außerdem wird zum Aufbau eines Kapitalstocks ein Zusatzbetrag von derzeit 4 % erhoben, der jeweils hälftig von der Sparkasse als Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer getragen wird; eine Änderung des Zusatzbeitrags ist derzeit nicht absehbar. Der Betrag der mittelbaren Pensionsverpflichtungen i. S. v. Artikel 28 Abs. 2 EGHGB kann nicht zuverlässig quantifiziert werden, da die dafür maßgeblichen ZVK-Daten nicht zur Verfügung stehen.

BEZÜGE DER ORGANMITGLIEDER

Die Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich im Geschäftsjahr 2013 auf 462 TEUR. Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2013 29 TEUR. Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen ergaben sich im gleichen Zeitraum Gesamtbezüge von 371 TEUR.

Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen haben wir insgesamt 5.330 TEUR zurückgestellt; dieser Betrag trägt sämtlichen Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis Rechnung.

KREDITE AN ORGANE

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie der eingegangenen Haftungsverhältnisse im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2012
	TEUR	
Vorstand	477	483
Verwaltungsrat	1.729	1.955

ANGABE DES ABSCHLUSSPRÜFERHONORARS NACH § 285 SATZ 1 NR. 17 HGB

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Honorare für unseren Abschlussprüfer, die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, enthalten:

	TEUR
Honorar für Abschlussprüfungsleistungen	148
Honorar für andere Bestätigungsleistungen	27
Insgesamt	175

ANGABEN ZU LATENTEN STEUERN NACH § 285 SATZ 1 NR. 29 HGB

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen der Handelsbilanz und den steuerrechtlichen Wertansätzen bestehen zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen von 1,3 Mio EUR durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Für den Überhang aktiver latenter Steuern wurde das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt. Die wesentlichen künftigen Steuerbelastungen resultieren fast ausschließlich aus unterschiedlichen Wertansätzen bei den Beteiligungen. Ohne Berücksichtigung der aufgrund des Bildens von Vorsorgereserven nach § 340f HGB und Reserven nach § 26a KWG a. F. entstandenen Ansatzunterschiede entfallen die künftigen Steuerentlastungen im Wesentlichen auf unterschiedliche Wertansätze bei den Rückstellungen (45 %) bzw. bei den sonstigen Aktiva (40 %). Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von

29,8 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet.

MITARBEITER UND MITARBEITERINNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2013	2012
Vollzeitkräfte	139	137
Teilzeit- und Ultimokräfte	93	90
	232	227
Auszubildende	17	18
Insgesamt	249	245

VERWALTUNGSRAT UND VORSTAND

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Birgit Keller
Landrätin des Landkreises Nordhausen

Stellvertretende Vorsitzende

Egon Primas
Mitglied des Thüringer Landtages
Barbara Rinke
Oberbürgermeisterin a.D. der Stadt Nordhausen

Mitglieder

Doris Apel
Sachbearbeiterin bei der Kreistagsfraktion der SPD

Hans-Joachim Klapproth
Sparkassenangestellter; Gruppenleiter Wohnungsbaufinanzierung

Ronald Heinemann
Geschäftsführer bzw. Inhaber eines Malerei- und Einzelhandelsunternehmens

Andreas Kruse
Handwerksmeister und Inhaber eines Handwerksbetriebs Heizung, Lüftung, Sanitär

Bianca Hillebrecht
Sparkassenangestellte; Gruppenleiterin Geschäftskundenbetreuung

Ute Müller
Sparkassenangestellte; Leiterin Sparkassenfiliale Kornmarkt

Klaus Hummitzsch
Bürgermeister a.D. der Einheitsgemeinde Werther

Vorstand

Vorsitzender

Wolfgang Asche

Mitglieder

Thomas Seeber

Nordhausen, 05. Mai 2014

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand

Asche

Seeber

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Nordhausen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Kreissparkasse Nordhausen. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bilds der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Kreissparkasse Nordhausen sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kreissparkasse Nordhausen. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Kreissparkasse Nordhausen und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 16. Mai 2014

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
- Prüfungsstelle -

Alles
Wirtschaftsprüfer

Der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Nordhausen hat den Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2013 am 9. Juli 2014 festgestellt.

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand

Asche Seeber

